

Frank-Walter Steinmeier

DIE ARBEIT VON MORGEN

Politik für das
nächste Jahrzehnt

Inhalt

A	Politik für das nächste Jahrzehnt.....	3
B	Wachstum, Wohlstand und Arbeit in einer solidarischen Gesellschaft.....	8
	1. Produktionsstandort Deutschland: Ausrüster für die Welt von morgen.....	8
	2. Dienstleistungsstandort Deutschland: Gesundheits- und Kreativwirtschaft als Beschäftigungsmotoren.....	22
	3. Exportweltmeister mit starkem Heimspiel: Nachfrageschub durch gerechtere Einkommensverteilung und öffentliche Investitionen.....	33
	4. Bildung ist Menschenrecht: Die wichtigste Stärke unseres Landes sind die Menschen.....	37
	5. Neustart der Sozialen Marktwirtschaft: Nachhaltigkeit und Sozialpartnerschaft werden Leitbilder der Unternehmensführung...	46
	6. Volle Gleichberechtigung fängt oben an: Mehr Frauen in Führungspositionen.....	53
	7. Lebensadern der Volkswirtschaft: Moderne und intelligente Netze als Basis für neues Wachstum.....	58
	8. Weltweit neue Spielregeln für die Finanzmärkte: Damit eine solche Krise nie wieder passiert.....	63

A Politik für das nächste Jahrzehnt

Die Jahrhundertkrise, die das Weltwirtschaftssystem erschüttert hat, wird vieles verändern: die Art, wie die Menschen wirtschaften, und die Art, wie die Menschen leben. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehen vor der Aufgabe, diese Veränderungen gemeinsam zu gestalten. „Fahren auf Sicht“ ist in der Krise noch gefährlicher als sonst. Wir müssen die Herausforderung annehmen und die Richtung bestimmen, in die unser Land gehen soll. „Am besten sagt man die Zukunft voraus, indem man sie selbst gestaltet“, hat der US-Ökonom Peter Drucker gesagt.

Die Menschen in Deutschland wollen Antworten auf grundlegende Fragen: Wo sollen Beschäftigung, Wachstum, Wertschöpfung und Wohlstand künftig herkommen? Was tut die Politik, damit so eine Finanzkrise nie wieder passiert? Wie stellt man sicher, dass Unternehmen langfristig investieren und verantwortlich agieren? Mit diesem Konzept zeigen wir konkrete Lösungen auf. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bieten den Menschen in unserem Land eine neue Perspektive.

Bei der Bundestagswahl werden wir alle darüber entscheiden, wohin unser Land im nächsten Jahrzehnt steuert. Wir sagen: Einfach weitermachen wie zuvor führt in die falsche Richtung. Wer die Zukunft gewinnen will, muss verändern wollen und den Aufbruch zum Besseren wagen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben diesen Anspruch.

Wir müssen dafür sorgen, dass die Wirtschaft wieder den Menschen dient. Banken müssen in erster Linie für die Unternehmen da sein, statt die eigenen Renditen zu maximieren. Wir wollen, dass Unternehmen langfristig agieren und investieren. Dann fassen die Menschen wieder Vertrauen in eine Soziale Marktwirtschaft.

Für die Herausforderungen von heute brauchen wir eine sozialdemokratische Lösung

Wir stehen für eine Gesellschaft, die den inneren Zusammenhalt nicht verliert. Für einen Neustart der Sozialen Marktwirtschaft. Mit dem Regierungsprogramm zeigen wir, welche Richtung eine von Frank-Walter Steinmeier geführte Bundesregierung einschlagen wird. Mit diesem Zukunftskonzept für Deutschland erklären wir unser wirtschaftspolitisches Handeln für das nächste Jahrzehnt. Wir zeigen, wie wir mehr Chancen durch eine vorausschauende Politik schaffen können.

Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sind für uns eine Einheit. Anders als Konservative und Liberale lehnen wir eine möglichst weit gehende Liberalisierung von Märkten und die Privatisierung von Lebensrisiken ab. Wir wollen auch keinen Gleichverteilungs- und Bevormundungsstaat, wie ihn die Linkspartei anstrebt. Wir wissen, dass Wohlstand auf individueller und unternehmerischer Freiheit gründet. Im Unterschied zu den Grünen halten wir es für eine Illusion, dass ein modernes Industrieland wie die Bundesrepublik sich allein auf Umwelttechnologien verengen kann. Arbeit und Leben in Deutschland modern und gerecht gestalten – dafür ist die deutsche Sozialdemokratie die beste Adresse.

Was wir 2020 geschafft haben werden

Unsere politischen Ziele für das nächste Jahrzehnt sind bewusst anspruchsvoll. In zehn Jahren wollen wir stolz sagen können:

- Wir haben Vollbeschäftigung erreicht.
- Wir haben eine gerechtere Einkommensverteilung.
- Wir haben Unternehmen, die sozial und ökologisch nachhaltig investieren und verantwortlich handeln.
- Wir haben volle Gleichberechtigung von Frauen in allen Bereichen der Wirtschaft.
- Wir sind auf dem Weg zu ausgeglichenen Haushalten. Deshalb haben wir alle wesentlichen kostenaufwendigen Maßnahmen in diesem Konzept mit einer soliden Finanzierung hinterlegt.

Diese Ziele stehen nicht für sich. Sie bilden die Wirtschaft und Gesellschaft ab, die wir anstreben. Wirtschaftswachstum ist kein Selbstzweck: Diese Überzeugung findet wieder mehr Anhänger. Wir stimmen darin mit vielen überein, mit den Gewerkschaften, den Kirchen und auch mit vielen Unternehmerinnen und Unternehmern. Wirtschaftliche Erfolge müssen den Menschen zugute kommen. Robert Kennedy hat einmal gesagt: „Das Bruttoinlandsprodukt misst alles, nur nicht das, was das Leben lebenswert macht.“ Wir wollen darum qualitatives Wachstum schaffen: Wachstum, das gute Arbeit schafft, das sozialen Ausgleich stärkt und das ökologisch nachhaltig ist. Qualitatives Wachstum muss besonders den schwächsten Mitgliedern unserer Gesellschaft dienen und darf die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen nicht gefährden. Es geht uns um Fortschritt durch Wachstum.

Vier Millionen neue Arbeitsplätze bis 2020

Wir wollen die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahrzehnt besiegen. Vier Millionen neue Arbeitsplätze sind das Ziel. Der größte Beschäftigungsmotor sind unsere „traditionellen“ Branchen. In der industriellen Produktion und bei produktionsnahen Dienstleistungen sollen etwa zwei Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Diese Stärke in der Produktion wird es möglich machen, auch den „klassischen“ Dienstleistungssektor weiterzuentwickeln. Die Gesundheitswirtschaft mit etwa einer Million zusätzlichen Jobs sowie die sogenannten Kreativbranchen mit weiteren 500.000 neuen Arbeitsplätzen sind dabei die wesentlichen Beschäftigungsfelder. Eine weitere halbe Million Arbeitsplätze entsteht in den sonstigen Dienstleistungen, im Handel oder in den haushaltsnahen Dienstleistungen. Wir werden auf den folgenden Seiten beschreiben, wie das geht.

Mit der richtigen Politik, die diese Ziele umsetzt, werden in zehn Jahren in Deutschland 33 bis 34 Millionen Arbeitskräfte gebraucht. Dann werden, unterstellt man die derzeitige Erwerbs- und Beschäftigungsquote, zwei Millionen Arbeitskräfte fehlen. Das eröffnet neue Chancen für viele Menschen. Insbesondere in der Produktion und im Gesundheitswesen entstehen Arbeitsplätze für Menschen ohne Abitur oder Studienabschluss. Gute Perspektiven bekommen auch die etwa eine Million Menschen, die heute als „stille Reserve“ gar nicht als Arbeit suchend gemeldet sind. Wir werden sie alle brauchen. In einzelnen Bereichen wird die Knappheit an qualifiziertem Personal schon bald zu Engpässen führen. Bereits heute mangelt es an Lehrerinnen und Lehrern. Bis zur Mitte des kommenden Jahrzehnts werden bis zu eine Million Akademiker und bis zu 500.000 Facharbeiter fehlen. Nicht ausreichende Bildung und Ausbildung werden zur Bremse für die Wirtschaft. Investitionen in Bildung und Ausbildung werden umgekehrt zum wichtigsten Konjunkturprogramm. „Unsere größte Stärke sind unsere Menschen“: Das ist kein Allgemeinplatz. Bildung und Ausbildung sind das Leitprojekt auch für eine gute Wirtschaftspolitik.

Mit Kompass aus der Krise – Arbeit erhalten und erneuern

Die Vision von der Arbeit von morgen ist unser Kompass in der Krise. Mit der Politik, die wir Sozialdemokraten in der Bundesregierung zur Bekämpfung der Krise durchgesetzt haben, bauen wir Brücken hin zur Arbeit von morgen. Bürgschaften und KfW-Kredite, die zu fast 90 Prozent kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen, Kurzarbeitergeld und Umweltprämie verhindern, dass zukunftsfähige Betriebe und Strukturen wegbrechen. Das hilft besonders auch dem Mittelstand. Wir schützen und stärken unsere wirtschaftliche Basis,

damit wir mit voller Kraft in den nächsten Aufschwung starten: mit qualifizierten und motivierten Belegschaften, neuesten Technologien und neuen Produkten.

Politik mit Kompass heißt, im Krisenmanagement die langfristigen Perspektiven im Blick zu haben und jetzt die Leitmärkte der Zukunft zu erkennen und anzusteuern. Unsere Konjunkturpakete fördern Investitionen in die umwelttechnische Erneuerung der Wirtschaft. Wir haben 500 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt, um Deutschland beim Leitmarkt Elektromobilität zum Durchbruch zu verhelfen. Wir haben in der Bundesregierung Sonderabschreibungen für Investitionen in Energieeffizienz durchgesetzt. Vergleicht man die „grünen Wachstumsimpulse“ aus den Konjunkturpaketen der G20-Staaten, dann steht Deutschland mit seinen Maßnahmen, zusammen mit der Neuauflage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, auf einem Spitzenplatz.

„Die Arbeit von morgen“: ein sozialdemokratisches Wachstumsprogramm – unsere Kernideen

- Neue Spielregeln: Diese Krise überwinden wir nicht durch Abwarten und Hoffen. Märkte brauchen wieder Maß und klare Regeln, damit wir sicherstellen: So etwas kann sich nicht wiederholen. Wir werden in Europa und mit den G20-Staaten dafür kämpfen.
- Unsere Ziele: Wir wollen bessere Perspektiven und kraftvolle Gestaltung für unser Land. Bis 2020 wollen wir die Arbeitslosigkeit besiegen, gerechtere Einkommen erreichen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern durchsetzen und nachhaltig investierende Unternehmen haben. Die öffentlichen Haushalte müssen im Aufschwung wieder konsolidiert werden.
- Die Arbeit von morgen: Wir zeigen, wie Deutschland mit kluger Politik im nächsten Jahrzehnt insgesamt vier Millionen neue Arbeitsplätze schaffen kann.
- Alte Stärken erneuern: Deutschlands größte Stärke bleibt die industrielle Produktion. Der globale Klimaschutz braucht Technologie aus Deutschland. Mit mehr Energie- und Rohstoffeffizienz erneuern wir die Wirtschaft in Deutschland. Zugleich werden wir zum Ausrüster der Welt mit neuen Produkten, die die Umwelt schützen und Ressourcen schonen. So entstehen in Industrie, Mittelstand und Betrieben mit produktionsnahen Dienstleistungen zwei Millionen neue Arbeitsplätze.

- „Allianz für den Mittelstand“: Deutschlands Wirtschaft muss stark aus der Krise kommen, um kraftvoll durchzustarten. Nach der Bundestagswahl wollen wir eine „Allianz für den Mittelstand“ direkt beim Bundeskanzler etablieren. Ihre Ziele: Kreditklemme bekämpfen, Kernbelegschaften erhalten, Produktionsbasis erneuern und den Mittelstand stärken.
- Beschäftigungsmotor Dienstleistungen: Ein starker Produktionsstandort Deutschland stärkt auch den Dienstleistungssektor. Auch hier sind zwei Millionen neue Arbeitsplätze erreichbar, die Hälfte davon in der Gesundheitswirtschaft, 500.000 weitere in der Kreativwirtschaft.
- Eine neue Bildungsoffensive: Bildung und Ausbildung werden zum Leitprojekt einer guten Wirtschaftspolitik. Wir wollen bis 2020 massiv in Bildung investieren, damit der Fachkräftemangel nicht zur Wachstums- und Wohlstandsbremse wird. Ein neu zugeschnittenes Ministerium für Bildung und Integration wird dafür sorgen, dass wirklich alle Menschen in unserem Land bessere Chancen bekommen.
- Neustart der Sozialen Marktwirtschaft: Wir wollen eine neue Art des Wirtschaftens fördern und etablieren. Im Mittelpunkt muss wieder der langfristige, nachhaltige Erfolg stehen. Alle Anreize werden darauf ausgerichtet – von Bilanzregeln bis Managergehältern. Und besonders nachhaltig hilft die viel gescholtene Mitbestimmung. Niemand merkt schneller, wenn es dem Unternehmen an die Substanz geht als die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wollen daher die Sozialpartnerschaft in den Betrieben stärken.
- Gleichberechtigung: Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft. Gleichberechtigung muss bis ganz nach oben reichen. Bis 2014 sollen 40 Prozent der Aufsichtsratsmandate von Frauen besetzt sein. Bei Bundesbeteiligungen gehen wir mit gutem Beispiel voran. Mit einem verbindlichen Rechtsrahmen wollen wir dazu beitragen, die Lohnlücke zu schließen.
- Lebensadern der Volkswirtschaft: Wir wollen Deutschland mit den modernsten Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsnetzen ausstatten. Damit beschleunigen wir Wachstum und sorgen für zusätzliche Arbeitsplätze. Wir bringen noch 2010 eine Lösung für ein schnelles Breitbandnetz für alle auf den Weg. Wir wollen ein intelligentes Energienetz für mehr erneuerbare Energien realisieren und das Verkehrsnetz durch flächendeckende Telematiksysteme die Staus in Städten und auf Autobahnen bekämpfen.

B Wachstum, Wohlstand und Arbeit in einer solidarischen Gesellschaft

1. Produktionsstandort Deutschland: Ausrüster für die Welt von morgen

Wo wir stehen

Deutschlands Industrie ist Beschäftigungsanker und Exportmotor

Die wirtschaftliche Kernstärke Deutschlands liegt im erfolgreichen Zusammenspiel aus produzierendem Gewerbe und produktionsnahen Dienstleistungen. Gemeinsam erbringen Industrie und industriennahe Dienstleistungen mehr als die Hälfte der Wirtschaftsleistung in Deutschland. Deutschlands Traditionsindustrien sind Weltspitze: Wir produzieren 17 Prozent der weltweiten Wertschöpfung in der Automobil- und Zulieferbranche, 16 Prozent im Maschinen- und Anlagenbau und in der Elektrotechnik und zehn Prozent bei industriellen Grundchemikalien. Das sind deutlich mehr als die fünf Prozent Anteil, die Deutschland insgesamt an der Weltwirtschaft ausmacht. Der Erfolg basiert auf dem Zusammenspiel von Großunternehmen, Mittelständlern und eng damit verflochtenen Dienstleistungen, zum Beispiel im Bereich Software. Kein anderes Land hat ein so dynamisches und innovatives Industrie- und Dienstleistungscluster.

Das ist das Geheimnis des Exportweltmeisters Deutschland. Wir sind Globalisierungsgewinner, weil sozialdemokratische Regierungen gemeinsam mit der Wirtschaft in Deutschland um die Modernisierung und den Erhalt der Industrie gekämpft haben. In anderen Ländern Europas sind industrielle Strukturen zerbrochen. Mit sichtbaren Folgen: Das deutsche Exportvolumen ist seit 2002 um die Hälfte gestiegen, in Großbritannien waren es nur acht Prozent, in Frankreich 15 Prozent. Zwei Drittel der deutschen Exportumsätze kommen heute aus Maschinen, Anlagen, Fahrzeugen, Stahl und Chemie.

Energie- und Rohstoffeffizienz treiben die Erneuerung der Industrie an

Energie- und Rohstoffeffizienz wird schon bald zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor in der Industrie. Rohstoffe und Energie werden immer knapper und teurer, die Sorge um eine sichere Energieversorgung nimmt zu, das Bewusstsein für den Klimaschutz wächst. Nur durch eine Effizienzrevolution ist nachhaltiges Wirtschaftswachstum möglich. Nur so werden wir ehrgeizige Ziele zum Schutz des Weltklimas erreichen. Die Aufgabe lautet: weltweit trotz mehr Wachstum und Wohlstand, mehr Verkehr, Industrie und Konsum weniger schädlich für die gemeinsame Umwelt zu leben. Energie- und Rohstoffeffizienz heißt: Lebensqualität und Umweltschutz vereinen – mehr aus weniger schaffen.

Jahrzehnte lang haben unsere Betriebe darauf gesetzt, mit weniger Menschen mehr aus der Produktion herauszuholen. Mit Erfolg: Die Arbeitsproduktivität hat sich seit 1960 vervierfacht. Bei der Effizienz des Energie- und Rohstoffeinsatzes gibt es dagegen Nachholbedarf. Sie ist im selben Zeitraum nur um den Faktor 1,5 bis zwei gestiegen. Energie und Rohstoffe verursachen heute 40 Prozent der Kosten in der gesamten Industrie, die Löhne rund ein Viertel. Energie- und Rohstoffeffizienz ist deshalb nicht nur eine ökologische Frage. Wer wettbewerbsfähiger sein will, muss sich in Zukunft auf Energie- und Rohstoffeffizienz konzentrieren. Diese Effizienzrevolution in der Welt muss „Made in Germany“ sein. Eine durch umweltschonende Technologien und Dienstleistungen erneuerte deutsche Industrie wird zum Ausrüster der Welt. Die Chancen sind groß: Autos mit neuen Antrieben, Maschinen und Anlagen mit weniger Energieverbrauch, hochmoderne Grundstoffe und neue Produktionsprozesse und die dazu notwendige Software. Der Fortschritt entsteht in branchenübergreifenden Systemlösungen. Diese Erkenntnis ist wichtig. Denn daraus folgt: Neue Technologien werden die klassische Industrie auch in Zukunft nicht verdrängen. Im Gegenteil: Mit Hilfe neuer Technologien werden klassische Industrien zukunftsfähig für das neue Zeitalter der Energie- und Rohstoffeffizienz.

Deutsche Mittelständler und Industrieunternehmen sind in starker Startposition – bei Forschung, Fachkräften und Wagniskapital müssen wir Weichen stellen

Die Modernisierung der Industrie braucht viele kleine Schritte. Oft geht es um Prozess- und Produktinnovationen, kundenspezifisch maßgeschneiderte Lösungen. Gerade das kann der mittelstandsgeprägte deutsche Maschinen- und Anlagenbau.

Allerdings sind die Ausgaben mittelständischer Unternehmen für Forschung und Entwicklung in den letzten Jahren gesunken und stagnieren bei drei Prozent des Umsatzes.

Großunternehmen investieren fünf Prozent in die Forschung. Die industrielle Erneuerung gelingt nur, wenn wir die Innovationskraft des deutschen Mittelstandes neu beleben.

Die Konzentration auf die Erneuerung der Industrie ist eine Rückbesinnung auf reales Wirtschaften. Nicht mehr virtuelle Zahlenspielerereien von Finanzjongleuren, sondern reale Ideen von Ingenieuren stehen künftig wieder im Mittelpunkt. Darin ist Deutschland Spitze. Deutschland hat überdurchschnittlich viele Ingenieure: 22 Prozent aller Arbeitskräfte mit Hochschulabschluss sind Ingenieure, in Schweden sind es nur 15 Prozent. Als Industrieland ist unsere Wirtschaft besonders „MINT“-geprägt. MINT, das hat sich als Kürzel zur Charakterisierung von Deutschlands Stärken eingepreßt: **M**athematik, **I**nformatik, **N**aturwissenschaften und **T**echnik. Um die Leistungen in diesen vier Feldern beneiden uns viele Länder, und sie setzen alles daran, uns einzuholen. Daher müssen wir unseren Vorsprung ausbauen, wenn wir bei der Industrie-Erneuerung weltweit vorangehen wollen. Und das bedeutet konkret: Wir brauchen in Zukunft deutlich mehr Ingenieure und MINT-Absolventen, als wir derzeit ausbilden. Das Bundesumweltministerium hat errechnet, dass Umweltbranchen einen höheren Akademikeranteil (30 Prozent der Beschäftigten) als andere Industriezweige (durchschnittlich 20 Prozent) haben. Die meisten Ingenieure in Deutschland sind über 50 Jahre alt. Die jetzigen Absolventen können höchstens diejenigen ersetzen, die in Ruhestand gehen. Fachkräftemangel darf nicht zum Hemmschuh der Industrie-Erneuerung werden. Das gilt zum Beispiel auch für die Softwarebranche: Softwareentwicklung geht dorthin, wo die besten Softwareingenieure sind. Wenn wir unseren Erfolg in der Unternehmenssoftware in der Industrie-Erneuerung ausbauen wollen, müssen wir mehr herausragende Softwareingenieure ausbilden.

Viele internationalen Investoren haben vor der Krise gesagt: Die nächste Welle neuer Technologien und neuer Unternehmen wird aus Deutschland kommen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden alles tun, damit dies gelingt. Und die Basis dafür ist gut: Die nächste Welle neuer Arbeit entsteht nicht in den Garagen, in denen Microsoft, Google und Apple gegründet wurden. Bei der Industrialisierung neuer Technologien sind andere Dinge entscheidend: neues technologisches KnowHow und breite Produktionserfahrung. Diese Unternehmensgründungen brauchen Begleitung durch „gestandene“ Unternehmen, mit Kapital und Produktionserfahrung. „Corporate Venture Capital“, also Wagniskapitalfonds größerer Unternehmen, sind hierzu der Schlüssel. Und nirgendwo gibt es so gute Voraussetzungen für technologieorientiertes „Corporate Venture Capital“ wie in Deutschland. Es gibt viele erfolgreiche Beispiele in Deutschland, wo dieses Modell technologieorientierte und produktionsnahe Neugründungen ermöglicht hat. Viele Industrieunternehmen sind aktiv, müssen ihre Anstrengungen aber deutlich verstärken.

Die rot-grüne Bundesregierung hat durch ihre ökologische Industriepolitik die politischen Weichen für die Industrie-Erneuerung bereits gestellt

Gute Politik kann wirtschaftliche Entwicklungen maßgeblich prägen. Durch die ökologische Industriepolitik der rot-grünen Bundesregierung hat sich die deutsche Umweltwirtschaft eine starke Position in der Welt erarbeitet und beschäftigt bei uns im Land bereits 1,8 Millionen Menschen. Deutschland ist mit 16 Prozent Welthandelsanteil Exportweltmeister für Effizienztechnologien.

Auch das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein politischer Exportschlager. Mehr als 40 Länder der Welt haben es mittlerweile in ähnlicher Form übernommen. Seit der Einführung im Jahr 2000 hat sich die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Deutschland fast verdreifacht. 2007 waren bereits 250.000 Menschen im Ausbau erneuerbarer Energien beschäftigt. 83 Prozent der in Deutschland gebauten Windräder werden ins Ausland verkauft. Deutsche Zulieferer sind, laut deutscher Energieagentur, mit 40 Prozent der globalen Wertschöpfung die tragende Säule des weltweiten Windkraftmarkts. Auch bei der Solartechnik steht Deutschland mit vielen Unternehmen an der Weltmarktspitze.

Die Krise bedroht den Kern der Wirtschaftsleistung Deutschlands – und damit den deutschen Mittelstand

Brücken bauen über die Krise: Das ist das Ziel der Konjunkturpakete, die wir in der Bundesregierung vorgelegt und durchgesetzt haben. Deutschland ist von der Krise besonders betroffen: als Exportland und als Hersteller von Investitionsgütern, gerade auch im Mittelstand. Das ist das Paradox unserer Zeit: Deutsche Unternehmen haben die besten Startbedingungen, um die Industrie-Erneuerung anzuführen und zum Technologielieferanten für die weltweite Effizienzrevolution zu werden. Und zugleich sind genau diese Unternehmen aktuell am stärksten bedroht. Je länger die Krise anhält, umso mehr wächst die Gefahr, dass der Kern deutscher Wirtschaftsleistung verkümmert. Gute Wirtschaftspolitik muss sich darauf konzentrieren, dass das nicht geschieht.

Wohin wir wollen

Deutschland wird zum Silicon Valley nachhaltiger Industrie-Produktion

Im Jahr 2020 hat sich Deutschlands breit aufgestellte Industrie zum Innovationsführer der Effizienzrevolution entwickelt. Der Export von Zukunftstechnologien „Made in Germany“ unterstützt die weltweiten Klimaschutzanstrengungen und ermöglicht nachhaltiges Wachstum. Die Erneuerung des Industrie- und Dienstleistungsclusters schafft die Arbeit von morgen: Deutschland hat sich zum Silicon Valley nachhaltiger Industrie-Produktion entwickelt. Bis 2020 haben Unternehmer in Deutschland in diesen Branchen rund zwei Millionen neuer Arbeitsplätze geschaffen. Dies sind Jobs in produzierenden Unternehmen der Grundstoffindustrien, des Maschinen-, Anlagen- und Automobilbaus und in unternehmensnahen Dienstleistungen wie Logistik, IT-Dienstleistungen oder Großhandel. Alle diese Branchen werden von der Neubelebung des industriellen Kerns in Deutschland profitieren.

Mit guten Löhnen und einer starken Binnenwirtschaft schafft der Exportweltmeister damit eine erfolgreiche wirtschaftliche Balance.

Deutschland gelingt die vorausgesagte Gründungswelle in technologieorientierten Betrieben. Dazu haben die deutschen Großkonzerne und große Mittelständler sich aktiv des Themas „Corporate Venture Capital“ angenommen und in großem Maße für Ausgründungen aus Hochschulen gesorgt. Die entstehenden neuen Geschäftsmodelle nutzen sie zu ihrer eigenen Erneuerung und ermöglichen mit ihren Vermarktungsstrukturen eine schnelle weltweite Verbreitung.

Nachdem alle Abläufe im Betrieb auf Energie- und Rohstoffeinsparung überprüft und „Grüne Produktionssysteme“ eingeführt sind, können die deutschen Industrieunternehmen 20 bis 25 Prozent ihres Energieverbrauchs im Vergleich zu heute einsparen. Dies trägt dazu bei, das Klima zu schützen, und verschafft deutschen Produktionsunternehmen einen erheblichen Kostenvorteil im internationalen Wettbewerb. Insgesamt hat sich die Energie- und Rohstoffproduktivität in Deutschland 2020 im Vergleich zu 1990 verdoppelt.

Die deutsche Industrie wird Innovationsführer für effiziente Produktionstechnologien und Elektromobilität – produktionsnahe Software ist dabei ein essenzieller Bestandteil

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau ist weltweit tonangebend bei Technologien für umweltschonende industrielle Produktion. Die Automatisierungs- und Steuerungstechnik zielt

vor allem auf effizientes Ressourcenmanagement oder effiziente Antriebstechnologien. Deutsche Mittelständler produzieren Innovationen schneller als ihre Konkurrenten, weil sie die Produktionsumfelder ihrer Kunden genau kennen und maßgeschneiderte Lösungen anbieten. Produktbezogene Dienstleistungen machen 2020 im gesamten Maschinenbau fast ein Viertel des Umsatzes aus. Die rasant wachsenden „grünen Dienstleistungen“ erreichen 2020 in Deutschland ein Marktvolumen von 300 Milliarden Euro.

Auch bei der Herstellung von Elektroautos hat sich die deutsche Automobilindustrie als Innovationsführer bewiesen. Deutschland konnte sich in der neuen Welle Elektromobilität an der Weltspitze etablieren, da die industriellen Kompetenzen für die kritischen Komponenten – Grundstoffe, Lithiumionen-Batterien, Brennstoffzellen, IT/Software – bei uns im Land entstanden sind und frühzeitig die notwendigen Infrastrukturen für Wasserstoff und Batterieaufladung aufgebaut wurden. Die Elektroautos der Zukunft werden aus erneuerbaren Energien gespeist. Dank einer intelligenten Energienetzsteuerung dienen sie gleichzeitig als flexible Zwischenspeicher für den wetterbedingt unregelmäßig erzeugten Wind- und Solarstrom.

Ein wichtiger Bestandteil von Effizienztechnologien sind produktnahe Softwarelösungen: beispielsweise IT zur Messung und Einsparung von Energie in der Produktion. Auch beim Elektroauto liegt ein großer Teil der Wertschöpfung in der Informationstechnologie. Bei Unternehmenssoftware hat Deutschland 2020 seine Erfolgsgeschichte fortgesetzt und auf die Stärken seines industriellen Clusters gebaut: tiefe Kenntnisse von Produktion, Produktionsabläufen und Technologien, verbunden mit der Akribie deutscher Ingenieure. Der Produktionsstandort Deutschland ist ohne die Anbieter von Unternehmenssoftware nicht denkbar – und umgekehrt. 2020 kommen die führenden Anbieter im Bereich der Unternehmenssoftware weiter aus Deutschland. Sie haben sich als Softwareproduzenten auf Augenhöhe mit den Googles und Microsofts der Welt etabliert.

Im Jahr 2020 bezieht Deutschland 30 Prozent Strom aus Erneuerbaren Energien und emittiert 20 Prozent weniger Treibhausgase

Industrielle Produktion braucht eine verlässliche Energiebasis. Deutschland hat seine Klimaziele mit einem intelligenten Energie-Mix erreicht. 2020 kommen 30 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien und 40 Prozent aus sauberen Gas- und Kohlekraftwerken, die durch den Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung, Effizienzfortschritte und CO₂-Abscheidungstechnologien (CCS) erneuert sind. Deutsche Hersteller werden

hierfür weltweit die Technologieausrüster sein. Insgesamt wird Deutschland 2020 ein Fünftel weniger Treibhausgase emittieren als heute.

Der Ausstieg aus der Kernenergie wird wie geplant fortgesetzt. Deutschland hat sich für wirklich umweltfreundliche Innovationen entschieden, für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, die mehr aus weniger schaffen. Der Atom-Ausstieg hat diese Entwicklung beschleunigt und weitere Anreize für Investitionen in neue Energietechnologien geschaffen.

Was wir tun müssen

Das Herz deutscher Wirtschaftsleistung erfolgreich durch die Krise führen: „Allianz für den Mittelstand“

Unsere Wirtschaftsleistung im nächsten Jahrzehnt muss weiterhin von dem geprägt sein, was niemand so gut kann wie wir: industrielle Produktion. Auch wenn sich die Krise durch sinkende Nachfrage und zurückhaltende Kreditvergabe der Banken verschärft, müssen wir es schaffen, dass das Herz der deutschen Wirtschaft in der Krise weiter schlägt. Dafür werden wir eine „Allianz für den Mittelstand“ schmieden.

Wir wollen Wirtschaft, Gewerkschaften und Banken an einen Tisch holen, um Deutschlands strategische Erfolgsfaktoren über die Krise hinweg zu bewahren. Das heißt z.B.:

- Wir erhalten Branchenstrukturen, Unternehmen und Belegschaften mit ihren Qualifikationen, sodass sie nach der Krise schnell wieder durchstarten können.
- Wir stellen die Unternehmensfinanzierung sicher, indem wir die Kreditklemme bekämpfen. Es drohen Firmenzusammenbrüche und Entlassungswellen, während andererseits Großbanken wie Goldman Sachs oder die Deutsche Bank schon wieder üppige Gewinne verzeichnen. Um diese Gefahr einer erneuten Verschärfung der Krise einzudämmen, muss die Bundesregierung schnell ein Instrumentarium entwickeln. Es geht nicht um die Großunternehmen, die ohnehin direkten Zugang zum Kapitalmarkt haben, sondern um die breite Masse der Firmen, die auf ihre Hausbank angewiesen sind. Ein staatlicher Kreditmediator („Ombudsmann“) soll zwischen den Programmen der Bundesregierung („Deutschlandfonds“ und „Finanzmarktstabilisierungsfonds“) sowie Unternehmen und Banken vermitteln. Der Ombudsmann soll auf die bestehenden institutionellen Lösungen zurückgreifen und schnelle Einzelfall-Lösungen herbeiführen.

- Wir wollen, dass auch die KfW einen weiteren Beitrag zur Überwindung der Kreditklemme leistet. Dafür ist ein Konzept für eine Kooperation mit den Hausbanken notwendig, die das Kreditangebot für den Mittelstand auf den Markt bringen. Denkbar wären Modelle mit variablen Anteilen am Kreditrisiko zwischen KfW und Hausbanken.
- Wir arbeiten darauf hin, die Produktionsbasis (also Maschinen, Fuhrparks, Anlagen) in Zeiten der Krise zu erneuern, denn durch den Preisverfall in den Märkten können gerade jetzt Investitionen kostengünstig erfolgen. Dafür brauchen die Unternehmen die Unterstützung der Banken.
- Wir fordern das Bürgschaftssystem vorrangig für exportorientierte Mittelständler nutzen.

Wir werden zu diesen Themen unverzüglich eine Task Force im Bundeskanzleramt etablieren, die der Bundeskanzler koordiniert.

Mit gezielter Industriepolitik die Industrie-Erneuerung gestalten

Mit gezielter Industriepolitik wird eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung den Kurs der Wirtschaft ins Zeitalter der Energie- und Rohstoffeffizienz steuern und begleiten. Auf der Angebotsseite, indem die Politik Unternehmen und Wissenschaft zu Technologiesprüngen anspornt. Auf der Nachfrageseite, indem sie dabei hilft, dass sich innovative junge Technologien flächendeckend verbreiten.

Damit wir in Deutschland den industriellen Durchbruch bei Elektroautos schaffen, werden wir in einem „Zukunftsbündnis Elektromobilität“ die Forschung in der Energiespeichertechnik verstärken und einen verlässlichen Ordnungsrahmen setzen. Damit Deutschland Vorreiter der Industrie-Erneuerung wird, werden wir eine Bildungsoffensive für MINT-Berufe starten, in Partnerschaft mit der Industrie eine Software-Hochschule ins Leben rufen, Forschung in mittelständischen Betrieben steuerlich fördern und das Thema „Corporate Venture Capital“ prioritär behandeln. Die Anwendung neuer Technologien in Deutschland werden wir durch öffentliche Beschaffung und private Anreize beschleunigen. Nachfrageimpulse aus dem Ausland können wir durch internationale Klimaabkommen und durch eine strategische Außenwirtschaftspolitik mit einem „Chancen-Atlas“ für deutsche Exporte fördern.

Mit dem „Zukunftsbündnis Elektromobilität“ den Durchbruch bei Elektroautos schaffen

Das Rennen um die Führerschaft im Bereich Elektromobilität ist gestartet. Länder wie die USA, China, Japan und auch unsere europäischen Nachbarn investieren massiv in diesen Bereich, privat und öffentlich gefördert. Wir wollen, dass Deutschland am Ende vorne liegt. Das ist entscheidend für eine gute Zukunft des Automobilbaus hierzulande. Mit einem „Zukunftsbündnis Elektromobilität“ wollen wir gemeinsam mit der Wirtschaft den technologischen Durchbruch des Elektromobils und seine anschließende Produktion in Deutschland voranbringen. Wir haben dafür zwei Hebel:

Wir müssen die Schlüsselkompetenzen für das Elektroauto bei uns in Deutschland aufbauen. Während Elektromotoren bereits weit entwickelt sind und die Gesamtproduktion der konventionellen Autos ähnelt, liegt bei den Batterien die entscheidende technologische Hürde: in ihren Kosten, ihrer Lebensdauer, ihrer Sicherheit und ihrem Gewicht. Hier besteht großer Forschungsbedarf, auch an den Grundlagen. Wir wollen auf der hervorragenden Arbeit der Forschungsinstitute aufbauen, sie erweitern und bündeln, indem wir ein Fraunhofer-Institut für Energiespeichertechnik ins Leben rufen. Es soll eng mit den relevanten Branchen Automobil, Maschinenbau, Chemie und Energie zusammenarbeiten und die besten Forscher auf diesem Gebiet nach Deutschland (zurück-)locken. Wenn wir in der Speichertechnik in Deutschland führend werden, dann schaffen wir nicht nur für die Elektromobilität, sondern auch für eine stabile Energieversorgung aus erneuerbaren Energien entscheidende Innovationen. Für dieses Leuchtturm-Projekt können Mittel aus dem „Pakt für Forschung und Innovation“ der Bundesregierung zur Verfügung stehen.

Wir müssen staatlich einen Rahmen setzen, der die Nachfrage stimuliert und der Industrie verlässliche Anreize gibt, um rasch den Schritt von kleinen Modellversuchen zur Serienproduktion zu gehen. Um mehr Menschen zum Kauf eines Elektroautos zu bewegen, sind viele Ideen denkbar: von bevorzugtem oder kostenlosem Parken, der Erlaubnis zur Busspurbenutzung in Städten bis hin zu Anreizen für Taxi- und Firmenflotten. Auch die Umstellung der öffentlichen Fahrzeugflotte kann die Nachfrage stimulieren. Hier müssen wir auch, gemeinsam mit den Bündnispartnern, den Ausbau neuer Infrastrukturen schaffen, beispielsweise für Wasserstoff oder durch Ladestationen für Elektro-Batterien.

„MINT“ (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) stärken: 200 neue Professuren, Ingenieursoffensive, und mehr Unternehmensnähe an der Hochschule

Mängel in unserem Bildungssystem dürfen nicht zur Bremse für Wirtschaft und Arbeit werden. Für die Erneuerung unseres Produktionsstandorts brauchen wir insbesondere mehr MINT-Absolventen. Wir müssen die Qualität der Lehre verbessern, um mehr Studenten anzuziehen, sie im Studium besser zu betreuen und dadurch die Abbrecherquote zu senken. Hierfür werden wir eine Bund-Länder-Initiative ins Leben rufen, mit der wir 200 neue MINT-Professuren schaffen und die Stellen ersetzen, die in den vergangenen Jahren weggefallen sind. Wir orientieren uns dabei an dem Erfolgsmodell des von Bund und Ländern kofinanzierten Professorinnenprogramms.

Darüber hinaus müssen wir die Qualität und Gründlichkeit unserer Ingenieurausbildung sichern. Beides darf durch Master- und Bachelorstudiengänge nicht leiden. Ziel muss sein, die fachliche Stärke unserer bisherigen Ingenieurausbildung auch in den neuen Studiengängen mit den Anforderungen einer globalen, multikulturellen Gesellschaft zu verbinden.

Drittens müssen wir Hochschulausbildung bei MINT-Berufen noch enger mit der Wirtschaft vernetzen. Wir wollen die Unternehmen bei der Lehre in die Bedarfsplanung einbeziehen – ohne die Freiheit von Forschung und Lehre zu verletzen –, wenn sie im Gegenzug Übernahmegarantien geben. Die Studenten werden durch Firmenpatenschaften (Stipendien, Patenschaften für Semesterarbeiten, Werkstudenten, Abschlussarbeiten und Promotionen) an das Unternehmen herangeführt. Dies hat den positiven Nebeneffekt, dass die Unternehmen einen gewissen Konkurrenzdruck spüren und die besten Studentinnen und Studenten frühzeitig an sich binden. Die MINT-Ausbildung muss mit verpflichtenden kaufmännischen Inhalten angereichert werden. Auch das Zukunftsthema umweltschonende Produktion muss bereits im Ingenieurstudium, aber auch in neuen Aus- und Weiterbildungsangeboten verankert werden. Zur Konkretisierung werden wir von den drei größten einstellenden Unternehmen sowie den drei wichtigsten Mittelständlern einen Lösungsvorschlag erarbeiten lassen. Wir wollen bei diesem Thema eine mutige Lösung aus Sicht derer, die herausragende Ingenieure und Naturwissenschaftler für die Arbeit von morgen brauchen.

Softwarestandort auf gleicher Höhe mit den USA: Mut zur Hochschulneugründung

Software in Deutschland, das ist mit SAP, der Software AG oder auch IDS Scheer vor allem die Erfolgsgeschichte von Unternehmenssoftware. Deutschland ist in diesem wichtigen Bereich weltweit führend. Bei den Herstellern von IT-Hardware und den Anbietern von Telekommunikationsdiensten ist die Anzahl der Mitarbeiter in Summe rückläufig. Bei den Softwarehäusern und IT-Dienstleistern hingegen steigt sie kontinuierlich kräftig an – von 270.000 vor zehn Jahren auf mehr als eine halbe Million heute. In Deutschland gibt es etwa 18.000 IKT-Unternehmen, deren Jahresumsatz über 250.000 Euro liegt. Vier von fünf dieser Unternehmen sind Softwarehäuser oder IT-Dienstleister.

Wir wollen, dass Deutschland im Software-Bereich auf gleicher Höhe mit den USA steht. Um die starke Position in der Unternehmenssoftware in Deutschland auszubauen, brauchen wir mehr Programmierer und Software-Ingenieure. Wir wollen mögliche Engpässe frühzeitig ausräumen. Daher wollen wir in Partnerschaft mit den großen Softwarehäusern in Deutschland das Projekt einer neuen Software-Hochschule in die Hand nehmen und geeignete Standorte in Deutschland ansprechen. Wir begrüßen es, wenn Unternehmen nicht einfach nur vom Staat Lösungen einfordern, sondern selbst Konzepte entwickeln und Standorte dafür interessieren. Noch im Jahr 2010 könnte diese Hochschulneugründung auf den Weg gebracht werden. Dies soll gekoppelt werden mit einer Strategie zur Herausbildung eines neuen oder zur Stärkung eines bestehenden regionalen Softwareclusters in Deutschland. Damit wird der Softwarestandort Deutschland entscheidend gestärkt.

Durch steuerliche Förderung das Innovationspotenzial unseres Mittelstandes voll ausschöpfen

Oben haben wir gezeigt, dass die Ausgaben mittelständischer Unternehmen für Forschung und Entwicklung in den letzten Jahren gesunken sind. Großunternehmen investieren fünf Prozent in die Forschung, kleine und mittelständische Unternehmen nur drei. Daher werden wir die ausschließlich direkte, projektbezogene Forschungsförderung in Deutschland durch eine indirekte Förderung ergänzen. Denn die direkte Förderung erreicht lediglich 15 Prozent der Unternehmen und ist für viele kleine und mittelständische Unternehmen nicht attraktiv. In anderen Ländern profitieren deutlich mehr Unternehmen von einer solchen öffentlichen Förderung. Die Einführung von Steuergutschriften („*tax credits*“) für private Forschungsausgaben ist gezielte Wirtschaftsförderung, die rasche und dauerhafte Verbesserungen verspricht und die Innovationskraft des deutschen Mittelstands stärkt. Sie

erreicht potenziell 35.000 Unternehmen in Deutschland. Gerade auch die stark innovativen mittelständischen Hersteller grüner Technologien werden so gefördert.

Die Ausgaben eines Unternehmens für Forschung und Entwicklung werden zu einem Teil von der Steuerschuld abgezogen und mindern so die Steuerzahlung. „*Tax credits*“ in Höhe von acht Prozent bei einer Deckelung von 1,5 Millionen Euro pro Unternehmen bewirken eine zusätzliche Förderung von Forschung und Entwicklung in Höhe von 1,4 Milliarden Euro. Auf dieses Instrument werden wir bei zukünftigem Ausbau der Forschungsförderung einen unserer Schwerpunkte setzen.

„Corporate Venture Capital“: Unternehmen werden zu großen Wagniskapitalgebern und machen Deutschland wieder zum Gründerland

Technologieorientierte Neu- und Ausgründungen mit Produktionskontext brauchen strategische Investoren: Wagniskapital von erfolgreichen Unternehmen, gekoppelt mit unternehmerischer Unterstützung und schneller Vermarktung über bestehende Vertriebskanäle. Das Instrument dafür können unternehmenseigene Fonds sein, wie es sie zum Teil und oft informell schon gab. Sie sind in der Krise jedoch rasch ausgetrocknet. Es können auch branchen- oder regionsspezifisch unternehmensübergreifende Fonds sein. Für Deutschlands „Traditionsbranchen“ werden wir mit den jeweiligen Unternehmen übergreifende Fonds initiieren. In vielen Gesprächen haben Vertreter aus der Wirtschaft die Richtigkeit des Ansatzes immer wieder bestätigt – wichtig ist aber auch, dass die Unternehmen selbst aktiver werden. Mit den führenden Firmen der jeweiligen Branchen wollen wir verbindliche Vereinbarungen über ihren Einsatz als Wagniskapitalgeber treffen.

Nachfrageimpulse für neue Technologien in Deutschland durch umweltbewusste öffentliche Beschaffung, private Anreize und Modellprojekte

Wenn Bund, Länder und Kommunen sich auf neue, abgestimmte Beschaffungsstandards einigen, bilden sie mit fast 60 Milliarden Euro jährlich (bei einem Gesamtbeschaffungsvolumen von rund 260 Milliarden Euro jährlich) eine massive Einkaufsmacht für umweltfreundliche Produktinnovationen. So wollen wir die öffentliche Hand zu einem Motor der Veränderung machen. Etwa sollten Bund, Länder und Kommunen ab 2012 jedes dritte Neufahrzeug mit vollelektrischem Antrieb ordern oder bei Ausschreibungen auch Grüne Dienstleistungs-Anbieter berücksichtigen, die oftmals nach einer Anlaufphase effizienter als etablierte Anbieter sind. Ein solche „Grüne Beschaffung“ tut

dabei nicht nur der Umwelt Gutes, sondern auch dem Haushalt. So führt etwa die Konsolidierung von Rechenzentren im Sinne einer „Grünen IT“ zu erheblichen Einsparungen.

Auf privater Seite soll ein Klimaschutz-Investitions-Gesetz Anreize für Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien schaffen und private Verbraucher zu effizienter und innovativer Energienutzung anregen.

Den Durchbruch von Zukunftstechnologien werden wir mit Modellprojekten und Feldversuchen beschleunigen. Ein Beispiel: Eine deutsche Stadt investiert, um komplett auf eine neue Generation LED-Technik umzurüsten, etwa für Ampeln oder die öffentliche Beleuchtung. Auf diese Weise können wir für die ganze Welt die deutsche Technologieführerschaft in der optischen Industrie demonstrieren.

Nachfrageimpulse aus dem Ausland durch Klimaabkommen und einen „Chancen-Atlas“ für deutsche Exporte

Wenn Deutschland zum weltweiten Ausrüster für Effizienztechnologien werden will, ist eine nachhaltige Energieaußenpolitik ein weiterer Schlüssel zum Erfolg. Damit gestalten wir die Nachfrage und stimulieren die Märkte. Wir werden für globale Emissionshandelssysteme eintreten, denn Klimaschutz kann nur global wirklich gelingen. Denkbar ist, den europäischen mit dem US-Emissionshandel zu verknüpfen. Beim Kopenhagener Klimagipfel im Dezember 2009 werden wir uns für das Ziel einsetzen, den weltweiten Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 zu halbieren. Auch wollen wir eine gemeinsame Festlegung, bis 2020 weltweit 30 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Das sind sehr ehrgeizige Ziele. Nur mit innovativen und hocheffizienten Technologien können wir sie erreichen und gleichzeitig den weltweiten Wohlstand steigern. Wir wollen, dass diese Technologien aus Deutschland kommen.

Trotz aller Exporterfolge kommt es in vielen Ländern der Welt jedoch immer wieder zu Ausschreibungen, an denen sich kein deutsches Unternehmen beteiligt, obwohl die jeweiligen Regierungen ihr hohes Interesse an entsprechender deutscher Technologie bekunden. In Zusammenarbeit mit den Außenhandelskammern wollen wir daher einen „Chancen-Atlas“ für die deutsche Industrie erstellen. Damit wird ein neuer, umfassenderer Anspruch der Außenwirtschaftsförderung deutlich gemacht.

Grundlegend für den „Chancen-Atlas“ ist die Identifikation der relevanten Wirtschaftsbereiche, in denen besondere Wachstumschancen existieren bzw. auffällige „Weiße Flecken“ auf der Landkarte deutscher Exporte erkennbar sind. Zunächst wollen wir

uns auf die zwei nach Ausschreibungslage vielversprechendsten Branchen konzentrieren: Nachhaltige Urbanisierung mit den Folgemärkten Wasser, Energie, Entsorgung, Metropolenverkehr bzw. Mobilität, Gesundheit (Krankenhäuser) sowie die sogenannten „GreenTech“-Märkte: Also die Ausrüstung mit „grünen“ neuen Anlagen, Maschinen und Technologien. Hier wollen wir gezielt die Chancen für Mittelständler und Anbieter grüner Dienstleistungen fördern, die bislang oftmals internationale Ausschreibungen gescheut haben. Der „Chancen-Atlas“ sollte zunächst als Projekt aufgesetzt werden. Zur Realisierung der neuen Ausrichtung von Außenwirtschaftspolitik wollen wir den „Chancen-Atlas“ dauerhaft verankern und die heutigen Instrumente der Außenwirtschaftsförderung auch organisatorisch darauf ausrichten.

Vorbedingung für die Verbreitung umweltfreundlicher Technologien und für nachhaltiges Wachstum weltweit, gerade in Schwellenländern, ist der freie Welthandel. Wir stehen gegen Protektionismus, auch in der Bekämpfung der Wirtschaftskrise, und werden den freien Handel nicht nur als moralischen Appell auf Gipfeltreffen hochhalten, sondern ihn durch aktive Politik gestalten.

Ausstieg aus der Kernenergie weiterführen und dadurch Innovationen stimulieren

Der Ausstieg aus der Kernenergie wird im neuen Jahrzehnt umgesetzt wie im Atomkonsens mit der Energiewirtschaft vereinbart und gesetzlich geregelt. Wer das Neue will, darf nicht am Alten festhalten. Der Ausstieg aus der Atomkraft ist keine ideologische Frage. Kernkraft ist keine Zukunftsenergie, sondern führt in die energiepolitische Sackgasse und setzt falsche Signale und Anreize für Unternehmen. Sie verlangsamt den Trend zu erneuerbaren Energien. Sie blockiert Investitionen und Innovationen für mehr Energieeffizienz. Auch mit Blick auf den Klimaschutz dürfen wir nicht auf eine alte Technologie setzen. Ihre Gefährlichkeit für Mensch und Umwelt wird immer wieder deutlich, zuletzt in Krümmel. Wir wollen wirklich umweltfreundliche Innovationen in den erneuerbaren Energien und in den Effizienztechnologien, die mehr aus weniger schaffen.

2. Dienstleistungsstandort Deutschland: Gesundheits- und Kreativwirtschaft als Beschäftigungsmotoren

Deutschland hat die Chancen des industriellen Strukturwandels genutzt und eine starke Industrie erhalten. Dennoch werden Dienstleistungen in unserer Wirtschaft immer wichtiger.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind den Illusionen von der puren Dienstleistungsgesellschaft nie erlegen. In ihrer Naivität war diese Diskussion sogar gefährlich. Wer in der globalisierten Welt erfolgreich sein will, der muss auch Güter herstellen, die Arbeitsplätze in der Produktion schaffen und mit denen man handeln kann. Dienstleistungen sind nur begrenzt exportierbar. Wo das im großen Stil praktiziert wurde, bei Finanzdienstleistungen, hat es die Weltwirtschaft in den Abgrund gerissen.

Produktionsnahe Dienstleistungen von Logistik bis IT-Services und Software sind nach unserem Verständnis ein integraler Bestandteil unserer starken industriellen Produktion. Hier entsteht mehr als die Hälfte der deutschen Wirtschaftsleistung. Nur eine starke Produktion ermöglicht starke Dienstleistungen.

Auch in den „klassischen“ Dienstleistungen liegen enorme wirtschaftliche Potenziale: Sie machen fast die Hälfte unserer Wirtschaft aus. In Gesundheit und Pflege etwa leisten heute fast sechs Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Dienst am Menschen.

Insbesondere die Gesundheitswirtschaft sowie die Kreativwirtschaft entwickeln sich auch im nächsten Jahrzehnt zum Beschäftigungsmotor. Gemeinsam stehen sie für die Chance auf 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze – eine Million in der Gesundheitswirtschaft, eine halbe Million in der Kreativwirtschaft. Und für viele der neuen Jobs braucht es weder Diplom noch Dokortitel. Wir werden niemals nur ein Volk von Ingenieuren und Professoren sein. Jede Frau und jeder Mann muss mit ihren und seinen Fähigkeiten eine Perspektive auf gute Beschäftigung und Weiterentwicklung haben.

Gesundheitswirtschaft

Wo wir stehen

Gesundheit und Pflege: Produktivfaktor und dynamische Wachstumsbranche

Die Gesundheitswirtschaft ist mehr als das öffentliche Gesundheitswesen, also Krankenhäuser, niedergelassene Ärzte, Apotheken etc. Hinzu kommen die gesetzlichen und privaten Krankenversicherer, die Pharmaindustrie, Biotech-Unternehmen, Hersteller von Medizintechnik und Medizinprodukten (mit starken Produktionsanteilen in der Wertschöpfung). Alle zusammen bilden eine dynamische Wirtschaftsbranche mit hoher Innovationskraft und erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung für den Standort Deutschland. Direkt und indirekt sind im Gesundheitswesen rund 5,7 Millionen Menschen beschäftigt – das ist fast jeder sechste Arbeitsplatz in Deutschland. Unmittelbar in der Versorgung von Patienten und Pflegebedürftigen arbeiteten im Jahr 2007 rund 2,7 Millionen Menschen. Im Vergleich zu 1999 bedeutet dies einen Anstieg um 16 Prozent. Damit haben sich die Dienstleistungsberufe im Gesundheitswesen dynamischer entwickelt als die Zahl der Beschäftigten in diesem Wirtschaftszweig insgesamt. In den Dienstleistungsberufen im Gesundheitswesen arbeiten zu 80 Prozent Frauen.

Das Gesundheitswesen hat sich auch in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten als Beschäftigungsmotor erwiesen. Es ist und bleibt personalintensiv. Der Dienst an kranken oder pflegebedürftigen Menschen wird niemals durch Maschinen oder Computer erledigt werden. Und er kann auch nicht ins Ausland abwandern.

Wir sehen in der Gesundheitswirtschaft nicht ein Kostenproblem, sondern wollen sie als Chance für qualitatives Wachstum und Beschäftigung nutzen.

Wohin wir wollen

Beschäftigungspotenziale sind 2020 umgesetzt: Eine Million neue Jobs in einem modernen und solidarisch finanzierten Gesundheitssystem

Auch durch die demographische Entwicklung ist die Gesundheitsbranche bis 2020 zum Jobmotor geworden. Eine Million neue Jobs sind entstanden, etwa 300.000 in der Kranken- und Altenpflege, mehrere Hunderttausend durch neue Berufs- und Tätigkeitsfelder, zum Beispiel in der integrierten Versorgung. Hinzu kommen Beschäftigungschancen in Unternehmen der Medizintechnik, in Biotech-Unternehmen und in Betrieben, die IT-Lösungen im Gesundheitsbereich liefern.

Wir haben attraktive Angebote und ausreichend neues Personal in den Heil- und Pflegeberufen, das auch über die erforderlichen Qualifikationen verfügt. Mehr Menschen leisten Dienst am Menschen, sowohl mit höheren wie auch mit niedrigeren formalen Qualifikationen. Gerade im Pflegebereich haben wir Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte geschaffen, die damit neue Chancen auf Arbeit bekommen haben.

Diese starke Gesundheitswirtschaft arbeitet in einem solidarischen Gesundheitssystem. Es gibt keine Zwei-Klassen-Medizin, sondern eine gute Versorgung bei Krankheit und im Pflegefall, zu der alle Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen den gleichen Zugang haben.

Was wir tun müssen

Entwicklungsplan „Eine Million“

Die Gesundheitswirtschaft ist mit einer Million möglichen neuen Jobs eine der wichtigsten Zukunftsbranchen. Aber im Vergleich zu vielen anderen Branchen sind die Wachstumschancen und Handlungsnotwendigkeiten, die sich daraus ergeben, wenig erforscht. Nicht zuletzt deshalb, weil Gesundheit viel zu oft als Kostenfaktor gesehen wird. Daher wollen wir in einem „Entwicklungsplan Eine Million“ Chancen und Hürden identifizieren und Handlungsmöglichkeiten entwickeln und ergreifen, um die Beschäftigungschancen Wirklichkeit werden zu lassen. Der „Entwicklungsplan Eine Million“ wird ein Gemeinschaftsprojekt von Gesundheits-, Forschungs- und Wirtschaftsministerium sein. Erste Bausteine dieses Plans sollten folgende sein:

Stabile und solidarische Finanzierungsgrundlage des Gesundheitssystems sicherstellen

Wer hohe Qualität in der Gesundheitsversorgung für alle Menschen garantieren und gute Beschäftigungsperspektiven in Gesundheit und Pflege entwickeln will, muss für stabile und solidarische Finanzierungsgrundlagen sorgen. Dafür stehen wir. Unsere Krankenversicherung braucht neue Grundlagen, wenn diese Grundsätze auch in Zukunft gelten sollen. Unser Land kann es sich nicht länger leisten, dass sich Menschen mit hohem Einkommen, besonders auch viele junge und gesunde, der Solidarität der gesetzlichen Krankenversicherung entziehen. Wir müssen umdenken, damit die Veränderungen der Arbeitswelt nicht auf Kosten der Kranken- und Pflegebedürftigen gehen. Immer weniger

Menschen sind angestellt und zahlen dadurch Krankenbeiträge, sondern viele sind zeitweise selbstständig, befristet beschäftigt oder sie nehmen eine „Auszeit“ für die Kindererziehung oder Weiterbildung. Wir wollen, dass sich künftig alle Bürgerinnen und Bürger zu gleichen Bedingungen an der Finanzierung des Gesundheitswesens beteiligen – wie in allen anderen Ländern Europas.

Deshalb fordern wir die Bürgerversicherung: Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich an der Finanzierung des Gesundheitswesens nach ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen. Eine Finanzierung über angemessene Beiträge und über Steuern sorgt auf Dauer für eine gerechte und stabile Finanzierung. Darin erweist sich gelebte Solidarität. Ob gesetzlich oder privat: Alle Versicherten müssen deshalb künftig in den Risikoausgleich einbezogen werden. Das soll schrittweise erfolgen, denn wir wollen die erworbenen Rechte der privat Versicherten wahren. Voraussetzung sind vergleichbare Spielregeln für alle Krankenkassen und Versicherungsunternehmen. Auch die privaten Kassen müssen Verantwortung für die Qualität und die Preise der medizinischen Leistungen für ihre Versicherten übernehmen, so wie das die Gesetzliche Krankenversicherung bereits macht.

Neue Berufs- und Tätigkeitsfelder durch integrierte Versorgung

Wir wollen ambulante und stationäre Versorgung besser verbinden und einen nahtlosen Übergang von der stationären in die ambulante Versorgung oder in die Rehabilitation und Pflege sicherstellen. Darum müssen Krankenhäuser sich stärker für ambulante Versorgung öffnen. Die ambulant tätigen Haus- und Fachärzte müssen stärker mit Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zusammenarbeiten. Integrierte Versorgung und strukturierte Behandlungsprogramme für chronisch kranke Menschen müssen wir ausbauen. Koordination und Kooperation im Gesundheitswesen benötigen ein gutes Management durch speziell ausgebildete Arbeitskräfte. Auch hier entwickeln sich neue Tätigkeitsfelder und Berufsbilder.

Bisherige ärztliche Tätigkeiten sollen auch von nicht-ärztlichen Berufsgruppen, zum Beispiel Krankenpflegekräften, Dokumentationsassistenten, aber auch Arzthelferinnen, übernommen werden können. Bereits jetzt können Alten- und Krankenpfleger in Modellversuchen Leistungen erbringen, die bisher nur Ärzte verordnen durften, und sie dürfen auch selbstständig die ärztlich verordnete häusliche Krankenpflege gestalten. In den Modellvorhaben wird auch die Übertragung von bestimmten ärztlichen Tätigkeiten auf entsprechend qualifizierte Pflegekräfte erprobt.

Wir wollen Gesundheitsvorsorge und –förderung durch ein eigenständiges Präventionsgesetz ausbauen. Wenn wir in der Gesundheitspolitik konsequent umsteuern hin zur Förderung und Wiederherstellung von Gesundheit, werden hier auch neue Beschäftigungsfelder entstehen.

Nachwuchs sichern – Pflegeberufe öffnen

Mehrere Hunderttausend neue Stellen als Kranken- und Altenpflegerinnen und –pfleger sind gute Beschäftigungschancen für viele Menschen ohne Abitur. Ganz bewusst haben wir die Kranken- und Altenpflegeausbildung für Hauptschulabsolventen mit abgeschlossener zehnjähriger allgemeiner Schulbildung geöffnet. So vergrößert sich der Kreis von möglichen Bewerberinnen und Bewerber. Zugleich ist dies eine Chance, den Fachkräftemangel zu vermeiden. Bei Ausbildungsinhalten und staatlicher Prüfung werden keine Abstriche gemacht; die hohe Qualität der Ausbildungen bleibt damit erhalten. Daneben wollen wir auch die Ausbildung nach „oben“ öffnen, indem für qualifizierte Pflegerinnen und Pfleger nach der Ausbildung und mit Berufspraxis der Zugang zum Pflegestudium eröffnet wird. Wir brauchen künftig die gesamte Bandbreite der Qualifikationen im Pflegebereich, damit die Beschäftigungspotenziale in den neuen Tätigkeitsfeldern optimal ausgeschöpft werden können.

Qualifizierungsbedarf ermitteln und Ausbildungsregeln anpassen

Die Bundesregierung hat begonnen, den aktuellen, mittel- und langfristigen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu identifizieren, Qualifikationsprofile zu entwickeln und Maßnahmen zur Veränderung der Aus- und Weiterbildung zu erarbeiten. Der demografische Wandel verändert die Anforderungen an die Qualifikation in den Gesundheitsberufen. Altersspezifische Kenntnisse bei der Krankenpflege müssen stärker in den Vordergrund rücken. Wir werden deshalb die Ausbildungsregelungen umfassend reformieren. Für alle Gesundheitsberufe müssen die Geriatrie und die Palliativversorgung wichtige Schwerpunkte in Ausbildung, Forschung und Arbeit werden.

Faire Bezahlung sicherstellen

Wenn Pflegeberufe attraktiv sein sollen, muss auch die Bezahlung stimmen. Altenpflege ist physische und psychische Schwerstarbeit und muss angemessen und fair bezahlt werden. Arbeitgeber, die das tun, müssen vor unfairer Konkurrenz durch Billigpflege mit Dumpinglöhnen geschützt werden. Mit der Pflegereform haben wir sichergestellt, dass Pflegeeinrichtungen ihren Beschäftigten eine Vergütung zahlen müssen, die mindestens dem ortsüblichen Lohnniveau entspricht. Dazu wollen wir Mindestlöhne als zwingende Lohnuntergrenze auch in der Pflegebranche. Mit der Aufnahme in das Entsendegesetz haben wir die Möglichkeit hierfür bereits geschaffen. Auf dieser Basis können jetzt nachhaltige Geschäftsmodelle von Pflegeeinrichtungen entstehen. Das wird Beschäftigung sichern und neue attraktive Arbeitsplätze schaffen.

Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement in Pflege und Betreuung stärken

Auch Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement in Pflege und Betreuung müssen gestärkt werden. Das entspricht den Wünschen vieler Betroffener, kommt aber auch dem Wunsch vieler Menschen entgegen, anderen ehrenamtlich zu helfen. Bereits heute ist das bürgerschaftliche Engagement eine wesentliche Stütze der pflegerischen Versorgung. Es muss deshalb noch mehr aktiviert und mit Angeboten der Kommunen und Verbände vernetzt werden. Mit dem Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements haben wir die steuerliche Förderung von ehrenamtlichen Aktivitäten bereits deutlich ausgeweitet. Und seit der Reform der Pflegeversicherung wird die ehrenamtliche Hilfe für pflegebedürftige ältere Menschen organisatorisch und finanziell noch stärker unterstützt und besser mit der professionellen Pflege verknüpft. Angehörige haben mit der Pflegezeit einen Anspruch auf eine befristete Freistellung durch ihre Arbeitgeber erhalten. Kommunen und Träger sollten jetzt zum Beispiel durch Ehrenamtsagenturen zur weiteren Stärkung beitragen. So können Betroffene und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer schneller zusammengebracht und wo nötig auch mit Qualifizierungsangeboten auf die Arbeit vorbereitet werden.

Cluster etablieren

Neue Berufs- und Tätigkeitsfelder, neue Versorgungslösungen, neue Technologien, neue Studiengänge – die Herausforderungen der Gesundheitsbranche umfassen weit mehr als Kostendämpfung. Wenn wir die Beschäftigungschancen realisieren wollen, dann müssen wir leistungsfähige Cluster entwickeln, in denen Aus- und Weiterbildung, Forschung, Versorgung

und Diagnostik weiter entwickelt werden. Um solche Cluster zu fördern, wollen wir die Kooperation entlang der gesamten Wertschöpfungskette der Gesundheitswirtschaft stärken. Forscher, Krankenhäuser und niedergelassene Ärzte, Pflegekräfte, Pharmaindustrie und Medizintechnik müssen regional stärker vernetzt werden.

Internationale Vermarktung verbessern

Deutsche Gesundheitsdienstleistungen haben weltweit einen hervorragenden Ruf. Viele Träger haben begonnen, die Leistungen und damit den Gesundheitsstandort Deutschland international zu vermarkten: durch den Aufbau von Krankenhäusern im Ausland, aber auch durch die Behandlung ausländischer Patienten in Deutschland. Wir wollen, dass Krankenhäuser, niedergelassene Ärzte und andere Gesundheitseinrichtungen sich regional eng vernetzen, um gemeinsam Leistungen international anbieten zu können.

Gesundheits-IT als Wachstumschance nutzen

Basierend auf der Vorreiterrolle im Bereich Medizintechnik, einem effizienten öffentlichen Gesundheitswesen und einer leistungsfähigen Unternehmenssoftware-Branche wollen wir Deutschland als Vorreiter im Wachstumsmarkt für Gesundheits-IT etablieren. Die Elektronische Gesundheitskarte kann hier ein wichtiger Schritt sein.

Durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologie können wir neue Berufsbilder und Arbeitsformen in der Gesundheitswirtschaft entwickeln. So bietet die Ferndiagnose von Patienten („Telemonitoring“) gerade im Bereich chronischer Erkrankungen wie Diabetes und Herz-Kreislauf-Problemen das Potenzial für örtlich und zeitlich flexible Gesundheitsdienstleistungen. Auch die Weiterentwicklung von „Telepflege“ muss in Deutschland zu einem Wachstumsmotor der Gesundheitswirtschaft werden. So erlaubt beispielsweise moderne Sensortechnik alten oder behinderten Menschen ihre Selbständigkeit zu wahren, indem Pflegekräfte durch Telefonzentralen und Bildübertragung den Alltag begleiten und Gefahren vorbeugen. Hier entstehen neue Qualifikationen und neue Arbeitsplätze in der Pflege.

Kreativwirtschaft

Wo wir stehen

Die Kreativ- und Kulturwirtschaft ist zu einer wichtigen wirtschaftlichen Größe und zum Treiber für gesellschaftliche Erneuerung geworden

Die Bedeutung von Kreativ- und Kulturwirtschaft wird in Deutschland meistens unterschätzt. Verlagsbranche, Musikwirtschaft, Film, Fernsehen und Bühne, freischaffende Künstler, Architektur und Design, Kulturtourismus sowie die Branchen Software/Computerspiele und Werbewirtschaft beschäftigen rund eine Million Menschen und erzielen einen Umsatz von 132 Milliarden Euro. Ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt beträgt 2,6 Prozent und liegt damit bereits deutlich vor der Chemiebranche. Die Kreativwirtschaft ist ein schlummernder Riese, dessen Potenziale wir in den nächsten Jahren zielstrebig entwickeln wollen. So lassen sich die Exporte in dieser Branche – 2006 gingen Dienstleistungen und Waren im Wert von 5,2 Milliarden Euro ins Ausland – erheblich steigern.

Die Kreativbranche in Deutschland besteht überwiegend aus kleinen und mittleren Unternehmen, die sich auf den nationalen oder bestenfalls europäischen Markt konzentrieren. Allerdings genießt Kreativität „Made in Germany“ weltweit höchstes Ansehen: von der Literatur über die international erfolgreiche Architektur, von der Mode über den Film, von Games bis hin zu E- und U-Musik. Zahlreiche internationale Preise für deutsche Künstler zeugen davon: der Turnerpreis der Londoner Tate Gallery, die MTV Music Awards, Grammys und der Oscar für zwei deutsche Filme. Deutsche Kreative entwerfen Städte der Zukunft von China bis Südamerika, arbeiten in den international erfolgreichen Unternehmen und Metropolen. Berlin und andere Städte in Deutschland ziehen Künstler und Kreative aus der ganzen Welt an. Die Wachstumsperspektiven in diesem dynamischen Sektor des Arbeitsmarkts sind hoch. Die durchschnittlichen jährlichen Beschäftigungszuwächse lagen seit den neunziger Jahren bei vier bis fünf Prozent. Daher wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Kreativbranche stärken und eine zukunftsweisende Standortpolitik betreiben.

Die Kreativwirtschaft unterstützt die Modernisierung und den Strukturwandel in Deutschland. Eine Industrieregion wie das Ruhrgebiet bekommt auf diesem Weg ein neues Gesicht. Neue Wirtschaftszweige und Wertschöpfungsketten bilden sich heraus. Die Beschäftigungsverhältnisse sind anders geprägt als in der klassischen Industrie. Hierin liegen Reiz und Risiko zugleich: Beschäftigungen sind häufig befristet oder projektbezogen und seltener in feste, solidarische Strukturen wie Tariflöhne und Mitbestimmung eingebunden. Viele Künstler und Kreative betrachten dies als Chance zur Selbstbestimmung

und Weiterentwicklung. Die Kehrseite ist: Zu viele Kreative und Selbstständige müssen sich um ihr Auskommen und ihre soziale Absicherung Sorgen machen und sich gegen Unterbezahlung und Ausnutzung wehren.

Die Kreativwirtschaft ist aus unserer Sicht auch gesellschaftspolitisch bedeutsam. Sie bietet vielfältige Chancen für den sozialen Aufstieg auch jenseits der formalen Angestelltenkultur. Häufig ist sie ein Weg zur Integration, zur Entwicklung einer neuen gemeinsamen Identität in der Einwanderungsgesellschaft.

Digitalisierung und globale Vernetzung sind Chance und Gefahr zugleich

Die tief greifenden technologischen Veränderungen der vergangenen Jahre haben der kreativen Branche zu einem Schub verholfen, die Arbeitswelt verändert und viele neue Produkte und Dienstleistungen hervorgebracht. Die Herstellung, Verbreitung und Vermarktung kreativer Inhalte hat sich grundlegend verändert. Inhalte werden immer schneller verwertet, schneller konsumiert, und mit dieser Entwicklung haben sich auch die Verdienstmöglichkeiten von Kreativen massiv gewandelt. Jede Information kann im Internet in Sekundenschnelle zu Milliarden Menschen gelangen. Internetdienstanbieter beteiligen sich bereits an einzelnen Maßnahmen der kulturellen Förderung, zum Beispiel in der Filmförderung. Aber: Deutschland steht in Europa nicht an der Spitze seiner Möglichkeiten. Unser Land braucht schnell eine flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen und mehr informationstechnologische Dienstleistungen. Zugleich müssen Lösungen für die bestmögliche Nutzung einer solchen Infrastruktur her.

Geistiges Eigentum ist im Internet einer höheren Gefahr des Diebstahls ausgesetzt. Bei vielen hat sich die Vorstellung durchgesetzt, dass im Netz verfügbare Inhalte nichts kosten und einfach heruntergeladen werden können. Dies verursacht Schäden in Höhe von rund zwei Milliarden Euro jährlich.

Die SPD hat die Bedeutung der Kreativwirtschaft erkannt und ihr eine Stimme in der Politik verliehen

Die Bundesregierung von Gerhard Schröder hat der Kultur und Kreativität 1998 mit dem Beauftragten für Kultur im Bundeskanzleramt Sitz und Stimme im Bundeskabinett verschafft. Das war ein politischer Quantensprung. So hat die SPD dafür gesorgt, dass die zunehmende Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft für die kulturelle Infrastruktur, für Wachstum,

Beschäftigung und Innovation auch in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen berücksichtigt wird. Die Neuregelung des Urheberrechts mit dem „Ersten Korb“ 2003, dem „Zweiten Korb“ 2007 und mit dem Gesetz zur Durchsetzung von Rechten des geistigen Eigentums 2008 reagierte auf die Herausforderung digitaler Vertriebswege. Die SPD hat 2007 in der Bundesregierung die Reform der Künstlersozialversicherung durchgesetzt und dafür gesorgt, dass mehr Menschen von ihr profitieren. Wir haben erkämpft, dass Künstler auch nach wenigen Monaten Beschäftigung schon Arbeitslosengeld bekommen können. Das Konjunkturprogramm II der Bundesregierung sieht Mittel für Infrastrukturverbesserungen im Kultur- und Kreativbereich vor. Wir haben dafür gesorgt, dass die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement auch im Kulturbereich entscheidend verbessert wurden. Der Freiwilligendienst „Kulturweit“ des Auswärtigen Amtes ist dafür nur ein Beispiel.

Wohin wir wollen

Die Kreativ- und Kulturwirtschaft ist ein Wachstums- und Beschäftigungsmotor der deutschen Wirtschaft

Die Kreativ- und Kulturwirtschaft wird im neuen Jahrzehnt zum Wachstums- und Beschäftigungsmotor. Fast 1,5 Millionen Beschäftigte sind 2020 in den kreativen Branchen tätig, 500.000 mehr als heute. Metropolregionen auch jenseits von Berlin sind wichtige Innovationscluster dieser Branche und ziehen Kreative und Künstler aus aller Welt an. Viele Beschäftigte arbeiten zeitlich flexibel und von zu Hause aus. Dies ist dank der Vernetzung und Digitalisierung von Arbeitsprozessen möglich geworden und trägt wesentlich zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei.

2020 besteht in Deutschland eine breite öffentliche Akzeptanz für die Bedeutung und die Voraussetzungen kultureller Vielfalt. Kulturelle Güter und kreative Inhalte stehen unter einem umfassenden rechtlichen Schutz. Dazu gehören auch innovative Lizenzformen wie „Open Source“ und „Creative Commons“. Der Wert geistigen Eigentums auch im Internet ist vollständig gesellschaftlich anerkannt und wird respektiert. Wir haben auch international eine Strategie zur Eindämmung illegaler Downloads und Raubkopien durchgesetzt. 2020 sind die Urheber- und Verwertungsrechte und das Bezahlssystem für die Nutzung kreativer Inhalte und Dienstleistungen auf den technologischen Wandel abgestimmt und ermöglichen den Kreativen und Künstlern gerechte Einkommenschancen und den Schutz ihres geistigen Eigentums. Die sozialen Sicherungssysteme am Ende des neuen Jahrzehnts berücksichtigen und ermöglichen die besonderen Erwerbsrealitäten von Kreativen.

Was wir tun müssen

Mit dem „Kreativpakt“ die Rahmenbedingungen für das Wachstum der Kreativwirtschaft schaffen

Wissen und Ideen sind die wichtigsten Rohstoffe unseres Landes. Deshalb wollen wir die Kultur- und Kreativwirtschaft besonders fördern. Wir wollen einen „Kreativpakt“ zwischen Politik, Wirtschaft, Künstlern und Kreativen verwirklichen, in dem wirtschaftliche Fragen, soziale Sicherung, Bildung und Teilhabe gemeinsam erörtert werden. Wir wollen Unabhängigkeit, Kreativität, Flexibilität und soziale Sicherheit besser miteinander in Einklang bringen.

Dies ist eine politische Querschnittsaufgabe, die wir koordiniert angehen werden. Sie erfordert zugleich die aktive Beteiligung der Kreativen und Künstler selbst sowie aller Beteiligten in den jeweiligen Verwertungsketten einschließlich der Netzbetreiber und Dienstleister. Wir müssen den Schutz geistigen Eigentums und die Verdienstmöglichkeiten für Künstler und Kreative an die Gegebenheiten digitaler Herstellung, von Distribution und Wertschöpfungsketten anpassen. Darum wollen wir das Urheberrecht fortentwickeln und auf EU-Ebene einen Rahmen schaffen, in dem Verwertungsgesellschaften die Rechte der Kreativen effizient und transparent wahrnehmen. Die Praxis der Verwertungsgesellschaften selbst muss transparenter werden, um Ungerechtigkeiten zu erkennen und zu beseitigen. Die staatliche Aufsicht gehört auf den Prüfstand.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der meisten Kreativen sind geprägt von ständigem Wandel. Wir wollen mehr soziale Sicherheit auch für die Arbeitsformen der Kreativwirtschaft durchsetzen. Wir werden die Künstlersozialversicherung (KSV) als weltweit einzigartiges Modell weiter stärken. Wir setzen uns für Tarifverträge und soziale Mindeststandards im Kultur- und Medienbereich ein, insbesondere auch für Praktikanten, und wir werden die Förderung des Bundes an die Einhaltung dieser Mindeststandards knüpfen.

Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, das geistige Eigentum zu schützen und angemessen zu vergüten. Das Urheberrecht und das Urhebervertragsrecht sollen in der digitalen Welt ein angemessenes Einkommen aus der Verwertung geistigen Eigentums ermöglichen. Wir brauchen einen vernünftigen Ausgleich zwischen Nutzerfreundlichkeit und den Rechten der Kreativen. Wir wollen dafür die Netzbetreiber und Internet-Service-Provider in den Dialog mit Rechteinhabern und Verwertungsgesellschaften einbeziehen.

3. Exportweltmeister mit starkem Heimspiel: Nachfrageschub durch gerechtere Einkommensverteilung und öffentliche Investitionen

Wo wir stehen

Deutschland ist Exportweltmeister – aber dadurch auch krisenanfälliger als andere Länder

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben Deutschland seit 1998 modernisiert und im internationalen Vergleich wieder wettbewerbsfähig gemacht. Zusammen mit den Sozialpartnern ist es auch durch moderate Lohnentwicklungen gelungen, deutsche Unternehmen und Produkte weltmarktfähig zu machen. Deutschland ist vom „kranken Mann Europas“, wie internationale Medien vor zehn Jahren titelten, wieder zur Lokomotive der Wirtschaft in der EU geworden. Im Jahr 2008 wurde Deutschland erneut „Exportweltmeister“. Die Exportquote hat sich von 22 Prozent im Jahre 1991 auf heute fast 50 Prozent erhöht. Die damit verbundenen Wohlstandsgewinne machen uns zum Gewinner der weltweiten Arbeitsteilung.

Kehrseite der deutschen Auswärtsstärke ist die Schwäche der Binnenwirtschaft. Die inländische Nachfrage hat in den vergangenen Jahren immer weniger zum Wachstum beigetragen. Der private Konsum stagniert, öffentliche Investitionen sind rückläufig. Die Folge unserer Exportabhängigkeit zeigt sich in der Krise: Wir sind verwundbarer als andere Länder.

Wir müssen wieder eine bessere Balance unserer Volkswirtschaft erreichen, indem wir unsere Binnenwirtschaft stärken. Dazu brauchen wir eine gerechtere Lohn- und Einkommensverteilung sowie stabile öffentliche Investitionen. Eine stärkere Binnennachfrage wird auch neuen, innovativen Branchen langfristig zu Absatzerfolgen und Wachstum verhelfen. Allein weiter auf unsere starke Exportwirtschaft zu setzen, wird uns nicht auf einen neuen Wachstumspfad führen. Es geht darum, mittel- bis langfristig die Binnennachfrage durch gezielte Maßnahmen und Weichenstellungen zu stärken, um Deutschlands Wachstumsmodell noch erfolgreicher und widerstandsfähiger zu machen.

Die Politik der SPD hat die Binnennachfrage bereits gestärkt – das federt die Folgen der Wirtschaftskrise ab

Die SPD hat bereits einiges zur Stärkung der Binnennachfrage erreicht. So haben wir eine Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und die Neufassung des Mindestarbeitsbedingengesetzes durchgesetzt, um die Arbeitnehmer und die Unternehmen in vielen Branchen gegen Dumpinglöhne abzusichern. In den Konjunkturprogrammen gegen die Wirtschaftskrise hat die SPD in der Bundesregierung Anreize für öffentliche Nachfrage geschaffen, um Beschäftigung zu sichern: Investitionsprogramme für Städte und Gemeinden, für Kindergärten, Schulen, Hochschulen, für die Infrastruktur in strukturschwachen Kommunen. Außerdem haben wir konkrete Entlastungen für die Bürger geschaffen: für niedrige und mittlere Einkommen bei den Steuern in Höhe von 8,9 Milliarden Euro; Ersparnisse von 17,5 Milliarden Euro bei Kranken- und Arbeitslosenversicherung, steuerliche Absetzbarkeit von Krankenkassenbeiträgen, Ausbau des Handwerkerbonus, 100 Euro-Kinderbonus, Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag und das Schulbedarfspaket für Kinder aus einkommensschwachen Familien.

Wohin wir wollen

Deutschland ist erfolgreich, auswärts und daheim

2020 beruht Deutschlands Wirtschaft auf zwei stabilen Säulen: Einem innovativen, produktiven Exportsektor und einem starken Binnenmarkt. Dank der neu gewonnenen wirtschaftspolitischen Balance erreicht Deutschland ein stabiles Wachstum und Vollbeschäftigung. Deutschland schöpft das kreative und innovative Potenzial seiner Unternehmen aus und sichert Arbeitsplätze. Wirtschaftliche Abschwünge auf den Weltmärkten werden dank der gestärkten Inlandsnachfrage abgefedert, sodass das hohe Beschäftigungsniveau auch in Krisenzeiten erhalten werden kann. Eine gerechtere Lohnverteilung, Mindestlöhne und gute Arbeit erhalten den Wohlstand in unserem Land.

Solide finanzierte öffentliche Investitionen stimulieren unser Binnenwachstum und steigern die Produktivität unseres Landes. Dank solider öffentlicher Finanzen investieren wir in Bildung, Forschung und Entwicklung sowie in eine moderne Infrastruktur und schaffen so Wachstum und Arbeitsplätze.

Was wir tun müssen

Mehr Dynamik auf dem Binnenmarkt entsteht mit mehr Verteilungsgerechtigkeit und Mindestlöhnen, mehr Innovationsfähigkeit, Produktivität und mit gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Hinzu kommt ein handlungsfähiger Staat, der in die Zukunft investiert.

Hochproduktive Arbeit und faire Löhne fördern

Hochproduktive Arbeit ist die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs und auch unseres Sozialmodells. Die dafür notwendigen Investitionen in Bildung, Ausbildung und Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben deshalb für uns absolute Priorität.

Damit die private Binnennachfrage gestärkt wird, muss hochproduktive Arbeit aber auch fair entlohnt werden. Die Reallohnentwicklung soll sich wieder stärker am Produktivitätswachstum orientieren. Dazu braucht es starke Sozialpartner, die verbindliche Flächentarifverträge vereinbaren.

Niedrige und mittlere Einkommen entlasten – den Prinzipien verantwortungsvoller Haushaltspolitik folgen

Wir setzen uns dafür ein, dass insbesondere Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen weniger Steuern und Abgaben zahlen. Darum wollen wir den Eingangssteuersatz von bislang 14 auf zehn Prozent senken. Wir wollen den Tarifverlauf so gestalten, dass es Entlastungen bis zu einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 52.882 Euro (Verheiratete 105.764 Euro) gibt. Hiervon werden fast 25 Millionen Menschen profitieren. Im Gegenzug müssen starke Schultern mehr tragen. Wir wollen den Spitzensteuersatz auf 47 Prozent erhöhen, um damit notwendige Bildungsausgaben zu finanzieren – über einen „Bildungssoli“.

Unsere Steuerpläne werden solide finanziert, ohne dass wir neue Schulden machen müssen. Dazu werden wir Steuerhinterziehung bekämpfen und Steuerschlupflöcher schließen. Außerdem werden wir eine Börsenumsatzsteuer einführen. Für flächendeckende Steuersenkungen gibt es angesichts der Haushaltslage in den kommenden Jahren keine Spielräume. Die Folgen davon würden vor allem die Schwächsten treffen. Sie müssten die Steuersenkungen mit Sozialabbau und geringerer öffentlicher Daseinsvorsorge bezahlen. Das werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht zulassen.

Einen flächendeckenden Mindestlohn einführen

Wir werden in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne unterstützen. Und wir werden überall dort die Einführung und Einhaltung von Mindestarbeitsbedingungen vorantreiben, wo die Sozialpartner dazu aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage sind. Unser Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn, der eine Grenze markiert, unter die Löhne nicht fallen dürfen. Nur ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn kann Menschen vor Armut trotz Arbeit schützen und die Kaufkraft stärken.

Moderate Mindestlöhne haben positive Beschäftigungseffekte und vernichten keine Arbeitsplätze, weil sie Arbeitgebern verlässliche Regeln für einen fairen Arbeitsmarkt setzen und unlauteren Wettbewerb durch Dumping- und Niedriglöhne verhindern. Zudem hilft der Mindestlohn, die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen zu schließen. Zwei Drittel der geringfügig Beschäftigten sind Frauen und 4,3 Millionen Frauen arbeiten in Minijobs. Mindestlöhne sorgen somit für eine gerechtere Einkommensverteilung, führen zu mehr Nachfrage und damit auch zu neuen Jobs.

Eine Mindestlohn-Kommission aus Vertretern, die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern entsandt werden, soll die Höhe festsetzen. Dabei ist ein Mindestlohn von 7,50 Euro eine sinnvolle Orientierungsmarke.

Stabile öffentliche Investitionen in die Zukunft unseres Landes

Der handlungsfähige Staat hat eine wichtige begleitende Funktion für eine starke Binnenwirtschaft; angefangen bei Investitionen in Bildung, die langfristig und stets eine konkrete Nachfrage auslösen. Bis 2015 wollen wir es schaffen, dass zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung investiert werden. Der „Bildungssoli“ wird dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Außerdem wollen wir die Investitionen in die Infrastruktur unseres Landes, in Straßen, Schienen sowie Energie- und Kommunikationsnetze stetig verbessern. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf Anreizen und Programmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Davon profitieren mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe. Aber auch die Kommunen stehen in der Verantwortung, die lokale Wirtschaft durch öffentliche Investitionen zu stärken.

4. Bildung ist Menschenrecht: Die wichtigste Stärke unseres Landes sind die Menschen

Wo wir stehen

Der Zugang zu Bildung ist ein elementares Menschenrecht. Bildung erlaubt Selbstentfaltung, sichert den Einstieg in gute Arbeit und ermöglicht Aufstieg. Sie ist auch eine Grundbedingung für soziale Gerechtigkeit. Wer arbeiten will, um sich und seine Familie zu ernähren, braucht hierfür eine gute Bildung und Ausbildung als Grundlage. Gute Bildungspolitik ist daher vorbeugende Sozialpolitik. Wenn Menschen bereits während ihrer Schulzeit aus dem Bildungssystem fallen, wird es sehr schwer, ihnen gleiche Startchancen ins Berufsleben zu ermöglichen. Dies dürfen wir nicht zulassen. Denn der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes hängt immer stärker von möglichst vielen gut ausgebildeten Menschen ab. Wir müssen deshalb gute und gleichwertige Bildungschancen für alle Menschen sicherstellen.

Dies gilt gerade in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund. Bildung ist der Schlüssel für eine bessere Integration. Die Zahl der Schulabbrecher bei Zuwandererkindern ist immer noch doppelt so hoch, und bei gleichen schulischen Leistungen haben sie schlechtere Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Hier liegt die Wurzel für die unzureichende Integration von Zuwanderern in Arbeitswelt und Gesellschaft. Bildung ist daher auch ein wichtiges Integrationsthema. Alle Menschen, besonders auch mit Migrationshintergrund, brauchen Zugang zu erstklassiger Bildung in der Schule und danach. So bieten wir ihnen Chancen für den sozialen Einstieg und Aufstieg durch Bildung.

Ein mangelhaftes Bildungssystem wird zum Bremsklotz unseres Landes

Schlechte Bildung gefährdet die Zukunft junger Menschen, und sie gefährdet den Wohlstand unseres Landes. Wir brauchen mehr und bessere Bildung, damit die Unternehmen stark in den nächsten Aufschwung starten, um neue Wachstumsmärkte zu erschließen und die Innovationsfähigkeit zu erhöhen. Wenn wir jetzt nicht kraftvoll und gezielt in Bildung investieren, manövrieren wir unser Land in eine Zwickmühle aus hoher Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel. Wenn wir die Ausbildungsquoten nicht erhöhen, haben wir schon in wenigen Jahren wegen der demografischen Entwicklung zu wenige gut ausgebildete Menschen. In einer Reihe von Berufsgruppen zeigt sich der Fachkräftemangel bereits jetzt: bei Lehrern und Erziehern, Technikern und Ingenieuren. Pro Jahr verliert unser Land wegen mangelnder Ingenieure rund fünf Milliarden Euro an Wertschöpfung. Mit dieser Summe

könnten wir in Deutschland fast eine halbe Million Kita-Plätze finanzieren. Was wir aufgrund mangelnder Lehrer verlieren werden, ist in Euro kaum noch zu messen. Fachkräftemangel ist eine schwere Hypothek für die Zukunft: Denn Investoren gehen dorthin, wo die Menschen gut ausgebildet sind, und wo weitere gut ausgebildete Menschen wirtschaftliche Expansion ermöglichen. Das bedeutet: Bildung wird ein immer wichtigerer Faktor für internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Obwohl diese Zusammenhänge weithin bekannt sind, sind die Konsequenzen, die daraus gezogen werden, nicht ausreichend. Einige Fakten zeigen das beispielhaft: Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt investiert Deutschland weniger in Bildung als der Durchschnitt der Industriestaaten. Wir schaffen es in Deutschland bislang nicht, jedem Kind eine gerechte Chance zu bieten. Jedes Jahr verlassen 80.000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss, besonders Kinder aus Einwandererfamilien. Viele Jugendliche suchen vergeblich nach einem Ausbildungsplatz. Während es die Hälfte aller Beamtenkinder bis zur Hochschule schafft, sind es nur sechs Prozent der Kinder aus Arbeiterfamilien. In anderen OECD-Staaten studieren doppelt so viele junge Männer und Frauen eines Jahrgangs wie bei uns.

Mängel im Bildungssystem tragen dazu bei, dass die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund nicht ausreichend gelingt. Es ist sozial ungerecht und wirtschaftlich fahrlässig, dass 40 Prozent der jungen Menschen mit Migrationshintergrund, das sind über eine Million, ohne Berufsausbildung bleiben. Kinder aus Einwandererfamilien brauchen mehr Förderung, um Sprachdefizite, Nachteile durch die Herkunft aus bestimmten Stadtvierteln und fehlende berufliche Netzwerke auszugleichen.

Auslese weniger statt Förderung aller – das bestimmt leider immer noch oft die Arbeit der Bildungsinstitutionen von der Kita bis zur Hochschule. Statt den Wissensdrang junger Menschen zu unterstützen, lassen wir zu, dass viele von ihnen in der Schule ihre Neugierde verlieren. Viele Eltern, Schüler und Lehrer klagen über schlecht ausgestattete Schulen, Unterrichtsausfall und starre Unterrichtsformen. Gleichzeitig müssen Eltern für Bildung teilweise teuer bezahlen. Kita-Gebühren belaufen sich schon bei mittleren Einkommen auf mehr als 200 Euro monatlich pro Kind. An Hochschulen in nicht SPD-regierten Ländern werden teilweise Studiengebühren verlangt.

Die Folgen sind spürbar. Wir haben unseren Bildungsvorsprung im internationalen Vergleich fast verspielt. Die Generation der 20- bis 29-Jährigen ist heute schlechter ausgebildet als die Generation der 45- bis 55-Jährigen. 15 Prozent von ihnen, 1,5 Millionen, haben gar keinen Berufsabschluss. Und dies, obwohl wir wissen, dass es für gering Qualifizierte immer weniger Arbeitsplätze geben wird. Schon heute ist für sie das Risiko, arbeitslos zu werden, besonders groß. Mehr als eine halbe Million Langzeitarbeitslose besitzen keinen

Schulabschluss. Fehlende Bildung wird zur Sackgasse, aus der wir Auswege schaffen müssen.

Wir haben viele Verbesserungen angestoßen, doch noch gibt es viel zu tun

Jetzt gilt es, konsequent umzusetzen, was die Bundesregierung auf Drängen der SPD angestoßen hat. Der Bund unterstützt Länder und Kommunen mit Programmen zum Ausbau der Kindertageseinrichtungen und zum Ausbau der Ganztagschulen. Ab 2013 gilt der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Lebensjahr. Wir haben in der Bundesregierung den Nationalen Pakt für Ausbildung durchgesetzt und helfen mit einem Ausbildungsbonus, dass auch benachteiligte Jugendliche eine Chance erhalten. Wir haben erreicht, dass alle Menschen einen Rechtsanspruch haben, den Schulabschluss nachzumachen, wenn sie damit ihre Chancen im Beruf verbessern wollen. Im Nationalen Integrationsplan haben wir neben der Sprachförderung die schulische und berufliche Bildung für Migranten in den Vordergrund gerückt. In der rot-grünen Bundesregierung haben wir die Mittel für Bildung, Forschung und Entwicklung massiv ausgeweitet. Wir haben das BAföG ausgeweitet, zuletzt wurden zum Wintersemester 2008/09 die Bedarfssätze um zehn Prozent und die Freibeträge um acht Prozent erhöht. Damit hat sich die Zahl der geförderten Studierenden seit 1998, als die SPD im Bund Regierungsverantwortung übernommen hat, bis heute fast verdoppelt. Zudem haben wir das Meister-BAföG ausgebaut und die Weiterbildungsförderung verbessert.

Unsere Politik zeigt erste Erfolge. In der Gesellschaft hat ein Umdenken begonnen. Die Eltern setzen sich stärker für die frühkindliche Bildung ihrer Kinder ein. Die Forderung nach mehr Ganztagschulen findet eine breite Mehrheit. Die Hochschulen gestalten Wege in eine erfolgreiche Zukunft. In Bundesländern, in denen die SPD regiert, stellen wir sicher, dass es keine Studiengebühren für das Erststudium bis zum Master gibt. SPD-geführte Landesregierungen sind Vorreiter, wenn es darum geht, die Qualität in Kindergärten zu verbessern und Kitas gebührenfrei zu machen. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Wir brauchen weitere mutige Schritte. Und wir brauchen sie schnell.

Wohin wir wollen

Deutschland ist ein Land, das gute Bildung und Teilhabe für alle sichert - gebührenfrei

2020 leben wir in einem Land, das menschlicher, gerechter und erfolgreich ist, weil alle Menschen erstklassige Bildungschancen haben und diese Möglichkeiten nutzen. Massive Investitionen in Bildung haben diesen Umschwung bewirkt. Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und die ganze Gesellschaft ziehen bei der stetigen Verbesserung von Bildungschancen an einem Strang. Alle jungen Erwachsenen gehen mit einem Schulabschluss und einer Berufsausbildung ins Leben. Infolgedessen ist die Angst vor Arbeitslosigkeit erheblich gesunken. Menschen mit Migrationshintergrund sind über Bildung erfolgreich in die Gesellschaft integriert. Die von der Bundesregierung angestoßenen Veränderungen sorgen dafür, dass auch im Ausland wieder über die vorbildliche Integration durch Bildung in Deutschland gesprochen wird.

2020 haben wir ehrgeizige Ziele erreicht:

- Die Hälfte aller Schüler erwirbt die Hochschulreife.
- Schulabbrecher gibt es nur noch im Ausnahmefall.
- Kinder und Jugendliche aus Einwandererfamilien sind an den weiterführenden Schulen sowie in der Berufsausbildung gleichberechtigt repräsentiert.
- Pädagogische Berufe sind hoch qualifiziert und gesellschaftlich anerkannt.
- Junge Erwachsene ohne Ausbildung haben einen Rechtsanspruch darauf, ihre Berufsausbildung nachzuholen.
- Der Anteil der Hochschulabsolventen eines Jahrgangs hat sich im Vergleich zu 2010 verdoppelt. Dabei ist der Anteil der Studierenden mit Migrationshintergrund überproportional gestiegen.
- Mindestens zehn Prozent der Studenten haben sich durch einen Berufsabschluss auch ohne Abitur für die Hochschule qualifiziert.
- Die letzte Weiterbildung liegt bei keinem Beschäftigten länger als zwei Jahre zurück.

Niemand muss in unserem Land für seine Ausbildung zahlen, vom Kindergarten bis zur Hochschule. Das Bewusstsein für Bildung hat deutlich zugenommen. Die staatlichen Ausgaben für Bildung gelten endlich als Investitionen. Aber auch Wirtschaft, Stiftungen und andere Investitionen tragen auf vielfältige Weise zur Finanzierung der Bildung bei. Starke Schultern tragen zur Bildungsfinanzierung mehr bei als schwache.

Was wir tun müssen

Wir brauchen eine Bildungsoffensive für soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Stärke und eine bessere Integration, die tatsächlich im Leben der Menschen spürbar wird. Was Willy Brandt in den siebziger Jahren angestoßen hat, müssen wir heute wieder schaffen. Wir wollen, dass Bildung in doppelter Hinsicht besser wird: mit einer erstklassigen Bildung in der Breite und mit exzellenten Leistungen an der Spitze.

Bildung für alle – garantiert durch ein Ministerium für Bildung und Integration

Bildung ist der Schlüssel für eine bessere Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Gesellschaft und Arbeitswelt. Gleichzeitig sind die besonderen Erfahrungen und Kompetenzen von Migranten eine wichtige Bereicherung für uns, die wir im Bereich der Bildung viel stärker nutzen müssen. Daher wollen wir die Bereiche Bildung und Integration in einem Ministerium zusammenfassen.

In einer zunehmend globalisierten Wirtschaft werden Sprachkenntnisse und interkulturelle Kompetenzen ein immer wichtigerer Bestandteil von beruflicher und akademischer Bildung. Hier kann beim gemeinsamen Lernen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie von Lernenden aus anderen Ländern weit mehr erreicht werden, wenn die Programme inhaltlich darauf abgestimmt werden. Das Potenzial von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund wird im bestehenden Bildungssystem zu wenig genutzt. Dies ist ein Verlust für unsere wirtschaftliche Entwicklung. Und gleichzeitig wird so die Chance verpasst, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration zu schaffen. Mit einem Ministerium für Bildung und Integration wollen wir einer besseren Integration den nötigen Stellenwert geben und das wirtschaftliche Potenzial unseres Landes erhöhen, indem wir allen Menschen die Chance auf gute Bildung geben. Deutschland stellt sich damit den Herausforderungen der zunehmenden Globalisierung und nutzt seine Stärke: die Menschen.

Migrantinnen und Migranten gleichberechtigt und effektiv einbinden

Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund kommen häufig verschiedene Bildungsnachteile zusammen, auch wenn nicht alle von allen gleichermaßen betroffen sind. Wir müssen diese Hemmnisse abbauen und ausgleichen mit möglichst maßgeschneiderten Angeboten. Kinder mit Sprachdefiziten, egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund, müssen so früh wie möglich individuell gefördert werden. Wir wollen erreichen, dass am ersten Schultag alle

Kinder gut Deutsch sprechen. Ein neuer Schwerpunkt im Programm „Soziale Stadt“ soll künftig auf der Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund liegen. Damit Einbeziehung und Integration besser gelingen, wollen wir das Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Bürger einführen.

Wir werden mehr Unterstützung für Zuwanderer beim Berufseinstieg und bei der Suche nach einem Arbeitsplatz leisten. Wir wollen berufsbezogene Sprachförderung, die berufliche Qualifizierung und Aktivierung langzeitarbeitsloser Migranten stärken. In der betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildung müssen Jugendliche mit Migrationshintergrund gleichberechtigt repräsentiert sein. Wir wollen gezielte Zuwanderung von Fachkräften fördern und im weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe attraktiver werden. Seit dem 1. Januar 2009 haben wir das Zuwanderungsrecht für Akademiker vereinfacht. Aus Europa kann jeder Akademiker zu uns kommen und hier arbeiten. Für Zuwanderer aus allen anderen Staaten ist lediglich eine Prüfung notwendig, ob es einen inländischen Arbeitssuchenden gibt, der den Job machen könnte und ob die Bedingungen des Arbeitsplatzes inklusive Lohn dem hiesigen Standard entsprechen. Die doppelte Staatsbürgerschaft wird auch für Nicht-EU-Bürger möglich, der Gesetzgeber toleriert Mehrfach-Staatsangehörigkeiten. Wir wollen die Optionspflicht für die hier geborenen Kinder und Jugendlichen ausländischer Eltern beenden und eine doppelte Staatsangehörigkeit akzeptieren. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird sehr rasch dafür sorgen, dass die Abschlüsse von Migranten schneller anerkannt werden. Es muss aufhören, dass viele von ihnen in Deutschland unter ihrer Qualifikation arbeiten müssen. Wir wollen ein effektives Anerkennungsgesetz schaffen.

Gute Bildungspolitik nicht von Zuständigkeitsstreit überlagern lassen – gemeinsam mit den Ländern die Zahl der Schulabbrecher senken

Optimale Bildungsförderung braucht in jedem Alter gut ausgebildetes Personal, angemessene Betreuungsschlüssel und klare Bildungsstandards, die in ganz Deutschland gelten. Wir brauchen flächendeckend ganztägige Betreuung für Kinder, damit sie früh gefördert werden, und wir brauchen im ganzen Land ausreichende Angebote für Ganztagschulen. Wir wollen Bildungseinrichtungen als Häuser der kleinen und großen Forscher, in denen sich junge Menschen für die Wissenschaft begeistern. Und wir wollen Kindergärten und Schulen, in denen alle von Anfang an teilhaben – auch Kinder mit Lernschwäche oder Behinderung. Gute Bildungspolitik darf nicht von Zuständigkeitsstreit überlagert werden. Wir wollen, dass der Bund die Kooperation mit den Ländern sucht, damit die Kinder und unser Land vorankommen.

In Deutschland darf keine „verlorene Generation“ von jungen Menschen ohne Perspektive heranwachsen. Wir müssen gezielt denjenigen helfen, die in der Vergangenheit nicht die nötige Förderung erhalten haben und die in der Schule zu scheitern drohen. Wir werden mit den Bundesländern einen Pakt schließen, um für diese jungen Menschen kurzfristig Angebote zur Förderung bereitzustellen. Auch auf diese Weise wollen wir die Zahl der Schulabbrecher jährlich um zehn Prozent verringern. Wir werden die Bundesländer mit ihren Zusagen vom Bildungsgipfel in die Pflicht nehmen. Der Rückgang der Schülerzahlen in den Ländern setzt Finanzmittel hierzu als „demografische Rendite“ frei. Eine SPD-geführte Bundesregierung wird sich finanziell an einem Programm beteiligen, damit an allen Schulen mit entsprechendem Bedarf mindestens ein Sozialarbeiter tätig ist. Was versäumt worden ist, muss nachgeholt werden können. Deswegen werden wir dafür sorgen, dass jeder jederzeit einen Schulabschluss nachholen kann. Der Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Hauptschulabschlusses, den wir durchgesetzt haben, ist dafür ein erster wichtiger Schritt.

Den Einstieg in den Beruf für alle sichern

Wir wollen eine Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen. Auch wenn der Anteil der Studierenden steigt, bleibt für die Mehrheit der jungen Erwachsenen eine Ausbildung der Einstieg ins Berufsleben. In den Zukunfts- und Wachstumsbranchen werden neue zusätzliche Fachkräfte dringend gebraucht. Die Wirtschaft ist gefordert, ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen, auch durch die verstärkte Nutzung von Ausbildungsnetzwerken kleiner und mittelständischer Betriebe. Für Altbewerber werden wir einen Rechtsanspruch auf Förderung für einen Berufsabschluss einführen, damit alle jungen Menschen eine Ausbildung abschließen. Insbesondere mit dem Ausbildungsbonus können wir auch denen helfen, die schon länger einen Ausbildungsplatz suchen. Niemand sollte leichtfertig jungen Menschen das Etikett „nicht ausbildungsfähig“ umhängen: Wer einen Schulabschluss hat, der kann auch eine Ausbildung beginnen. Das muss unser Standard sein. Dabei können auch Berufseinstiegsbegleiter helfen und Schüler bei der Wahl einer Ausbildung beraten. Ausbildungspaten können junge Menschen in Konfliktsituationen so unterstützen, dass sie die Ausbildung nicht abbrechen.

Mehr Studienplätze, bessere Qualität und größere Durchlässigkeit an den Hochschulen schaffen – ohne Studiengebühren

Der Bedarf an wissenschaftlich ausgebildetem Personal für Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft wird weiter steigen. Dafür brauchen wir mehr und besser ausgestattete Studienplätze. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen neben dem Hochschulpakt II ein Förderprogramm „Qualität der Lehre“, das beste Bedingungen für ein erfolgreiches Studium sicherstellt. Dazu gehört auch eine Umstellung der Hochschulfinanzierung. Wir werden das Prinzip verankern, dass das Geld den Studierenden folgt. Damit schaffen wir nicht nur gerechtere Bedingungen zwischen den Hochschulen, sondern setzen auch gezielt Anreize für beste Lehre. Dies war auch eines der Ziele des Bologna-Prozesses. Dass bei der Umsetzung dieser Umstellung auf europaweit einheitliche und kompatible Studienabschlüsse in Deutschland viele Fehler gemacht worden sind, ist offensichtlich. Aber Schuldzuweisungen bringen nichts, jetzt ist Handeln gefragt. Bachelor-Studiengänge müssen flexibel verlängert werden können und so umgebaut werden, dass sie wirklich studierbar werden. Die Durchlässigkeit vom Bachelor zum Master muss für jeden bestehen, der dies wünscht. Um dies zu ermöglichen, wollen wir auch den BAföG-Bezug bis zum Master ermöglichen und dafür die Altersgrenze anheben. Wirkliche Auslandssemester müssen gewollt und gefördert werden. Wir wollen die Hochschulen in Deutschland unterstützen, damit ein zweiter Anlauf bei der Studienreform besser gelingt. Wir lehnen Studiengebühren ab. Gleichzeitig ist klar, dass unsere Hochschulen unterfinanziert sind. Daher müssen Förderprogramme wie das für eine Verbesserung der Qualität der Lehre mit höheren Beträgen ausgestattet werden.

Wir wollen einen bundesweit einheitlichen und erleichterten Hochschulzugang für Fachkräfte ohne (Fach-)Abitur durchsetzen. Auch eine Berufsausbildung plus Berufserfahrung soll den Zugang zur Hochschule eröffnen. So kann es gelingen, dass mehr junge Erwachsene einen Hochschulabschluss erreichen. Um eine spürbare Bildungsexpansion zu schaffen, müssen Hochschulen funktionierende Anreize zur Schaffung weiterer Studienplätze bekommen. Wenn fünf der neun Exzellenzuniversitäten in den letzten Jahren Studienplätze abgebaut haben und sie dafür noch mit einem Exzellenztitel belohnt werden, hat das keine gute Vorbildwirkung. Wir wollen das Gegenteil erreichen.

Mut zu Hochschulneugründungen

Wenn wir nicht entschieden handeln, könnten 2020 bis zu eine Million Akademiker in Deutschland fehlen. Wir müssen deshalb mutiger sein und auch an

Hochschulneugründungen denken. Wir brauchen mehr Kapazitäten an Hochschulen und mehr Angebote in Zukunftsfeldern wie erneuerbaren Energien, Logistik und Verkehr, Software, grüner Industrie-Produktion oder den neuen Tätigkeitsfeldern in der Gesundheitswirtschaft.

Das Recht auf Weiterbildung in einer Arbeitsversicherung verankern

Derzeit fördern wir Unternehmen, damit sie ihre Beschäftigten in Zeiten schwacher Auftragslage weiterbilden. In Zukunft wird Weiterbildung durch alle Konjunkturphasen hindurch notwendig sein. Dazu wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung fortentwickeln. Die Arbeitsversicherung soll Weiterbildung in allen Lebensphasen gewährleisten, um mehr Wahlmöglichkeiten zu geben und die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Mit Langzeitkonten haben wir die rechtlichen Möglichkeiten geschaffen, dass geleistete Arbeitszeit auch als Konto für Weiterbildung genutzt werden kann. Zusätzlich werden wir die Urlaubs-, Freistellungs- und Rückkehrrechte für Beschäftigte in Weiterbildung gesetzlich regeln. Tarifliche, überbetriebliche Weiterbildungsfonds können ein Weg sein, um auch für Mitarbeiter aus kleinen und mittleren Unternehmen neue Chancen zu eröffnen. Es geht nicht nur um Geld. Es geht auch um klare rechtliche und tarifvertragliche Rahmenbedingungen für die Weiterbildung. Wir brauchen geeignete Bildungsangebote für jeden Beschäftigten und für jede Lebenssituation.

Bildung fair finanzieren – gebührenfrei von der Krippe bis zur Hochschule

Der Zugang zu Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein. Daher werden wir ein gebührenfreies Bildungssystem von der Kinderkrippe bis zur Hochschule verwirklichen. Eine neue Bildungsoffensive, an der alle teilhaben, ist unser wichtigstes Ziel für Wirtschaft und Gesellschaft. Das ist breiter Konsens. Doch mehr und bessere Bildung kostet Geld. Wir wollen es schaffen, die gesamtwirtschaftlichen Bildungsausgaben auf sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in den nächsten Jahren auf allen Ebenen ein Schwerpunkt auf Bildung gelegt wird. Nur so können wir gemeinsam die wichtigen Bildungsprojekte finanzieren. Der Solidarbeitrag für Bildung, der „Bildungssoli“, ist ein wichtiger Schritt. Gleichzeitig ist deutlich, dass wir uns die Kraft für eine Bildungsoffensive in unserer Gesellschaft jetzt nicht durch großspurige Steuersenkungsversprechen verbauen lassen dürfen.

5. Neustart der Sozialen Marktwirtschaft: Nachhaltigkeit und Sozialpartnerschaft werden Leitbilder der Unternehmensführung

Wo wir stehen

Shareholder Value – Ideologie als Ursache der Krise

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat drastisch deutlich gemacht, welche Risiken vom kurzfristigen Renditedenken als Leitbild der Unternehmensführung ausgehen. Dieses Leitbild hat soziale Spaltungen verstärkt und Wohlstand vernichtet. Teile der Wirtschaft und der Finanzwelt haben sich von ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und der Sozialen Marktwirtschaft abgekoppelt.

Bei den Gehaltsanreizen für Manager dominiert die kurzfristige Renditemaximierung, nicht eine nachhaltige Unternehmensentwicklung. Der variable Anteil an der Vorstandsvergütung betrug 2008 in den DAX 30-Unternehmen durchschnittlich 68 Prozent der Gesamtbezüge, davon waren über 60 Prozent an kurzfristigen Zielen orientiert. Die Bezüge von Unternehmenschefs haben sich in den letzten 20 Jahren mehr als verfünffacht, während die Reallöhne der meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stagnierten. So hat sich das Top-Management sichtlich aus der sozialen Einheit des Unternehmens herausgelöst und fühlt sich allein den Gewinnansprüchen der „shareholder value“-Ideologie verpflichtet. Schon bei der Ausbildung von Managern wurde vor allem die Technik schneller Gewinne gelehrt. Als Reaktion auf die Krise fangen renommierte Business Schools endlich an, diesen engen Horizont zu erweitern.

Nach außen wurden exorbitante Gehälter oft mit der besonderen Verantwortung und dem außerordentlichen Risiko der Manager begründet. Das entsprach nicht der Realität. Für Misserfolge haften Manager bei weitem nicht in dem Maße, wie sie von Erfolgen profitieren. Eine Analyse deutscher Unternehmen aus den Jahren 2006/07 zeigt, dass Vorstandsboni mit dem Jahresüberschuss steigen, dass sie aber umgekehrt kaum sinken.

Selbst leidenschaftliche Befürworter der Lehre vom „shareholder value“ gestehen mittlerweile das Scheitern dieser Idee ein. Der frühere General Electrics-Chef Jack Welch kommt zu dem Schluss: „Genau betrachtet ist Shareholder-Value die blödeste Idee der Welt.“ Klaus-Peter Müller, Ex-Commerzbank-Chef, beklagt „Vergütungsstrukturen, die einem sehr kurzfristigen Denken Vorschub geleistet haben. Das führte dazu, dass das Ziel, schnell Gewinn zu machen, manchmal wichtiger war als die langfristige Entwicklung des Unternehmens.“ Jeder kennt die Beispiele: Die Ankündigung von Stellenstreichungen wurde von der Börse mit Kursgewinnen honoriert. Dies wiederum trieb die Vergütungen von Vorständen in die Höhe.

Ein weiteres Problem liegt in den Bilanzierungsregeln: In den angelsächsisch geprägten Standards, die wir weit gehend übernommen haben, muss praktisch jedes Gut, jede Anlage auf Basis von aktuellen Marktwerten (dem sogenannten „fair market value“) täglich neu bewertet werden. Jede spekulative Marktentwicklung führt ganz schnell zu einer aufgeblasenen Bilanz und gaukelt Werte vor, die es gar nicht gibt. Wenn das Kartenhaus in sich zusammenfällt, dann ist nicht nur ein Unternehmen am Ende: Ganze Volkswirtschaften haben sich auf Kartenhäuser gestützt, deren Zusammenbrechen wir nun erleben. Die britische Zeitschrift „Economist“, bestimmt kein Zentralorgan der Sozialdemokratie, kommt im Juli 2009 zu dem Schluss: Die internationalen Bilanzierungsstandards sind ein „Trümmerhaufen“, und die beliebige Anwendbarkeit des „fair market value“ sei ein wesentlicher Grund dafür. Bei Bilanzierungsregeln brauchen wir künftig eine bessere Balance zwischen wachstums- und substanzorientierten Rechnungslegungssystemen.

Deutsches Mitbestimmungsmodell liefert ein starkes Vorbild für nachhaltige Unternehmensführung – gerade in der Krise

In der Krise zeigt sich: Die Sozialpartnerschaft erlebt in ungezählten Betrieben in Deutschland eine Renaissance. Unternehmen, in denen Belegschaft und Unternehmensführung an einem Strang ziehen, kommen besser durch die Krise. Zwei besondere Gründe für den Erfolg dieses deutschen Modells sollen an dieser Stelle hervorgehoben werden:

Erstens: Das Wissen und die Kreativität der Belegschaft sind von großem Wert, um Wege aus der derzeitigen Wirtschaftskrise zu finden. Kaum jemand kennt die Stärken und Schwächen eines Unternehmens so gut wie seine Mitarbeiter. Besonders in Krisenzeiten wäre es daher fahrlässig, diese Erfahrungen links liegen zu lassen. Diese positive Funktion von Betriebsratsarbeit ist breit anerkannt, wie eine repräsentative Studie zeigt. Mehr als zwei Drittel der Befragten sagten, dass Mitbestimmung die Arbeitnehmer in Krisenzeiten schützt.

Zweitens: Während das Management oft auf Rendite fixiert ist, setzen Betriebsräte und Belegschaften meist stärker auf die langfristige Entwicklung ihres Unternehmens. Während deutsche Unternehmen zunehmend in Aktienbesitz ausländischer Investoren und Private Equity Fonds gerieten, waren es Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten, die sich absurden Renditezielen entgegenstellten und sich für langfristig orientiertes Kapital einsetzten. Niemand merkt schneller und besser, wenn Eigentümer die Substanz des Unternehmens gefährden, als die eigene Belegschaft.

Nachhaltigkeit, Sozialpartnerschaft und Anstand in der Unternehmensführung

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in der Bundesregierung verantwortungsvolles Handeln von Unternehmen gefördert. Bereits 2001 hat die rot-grüne Regierung das Betriebsverfassungsgesetz modernisiert und seine Anwendung gerade auch in kleinen und mittleren Unternehmen vereinfacht. Daraufhin kehrte sich der negative Trend um: Die Zahl der Beschäftigten, die von der Mitbestimmung erfasst werden, stieg wieder an. Gleichzeitig haben wir die Mitwirkungsmöglichkeiten der Betriebsräte ausgeweitet, wo es um den Erhalt und den Ausbau der Qualifikationen der Belegschaft und damit um die Zukunftsfähigkeit der Unternehmen geht. Die SPD hat außerdem per Gesetz die Möglichkeiten für mehr Mitarbeiterbeteiligung verbessert.

Doch die Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch schonungslos offen gelegt, wo Regeln und Grenzen für die Märkte nicht oder zu wenig greifen. Freiräume wurden genutzt, um die Substanz gesunder Unternehmen zu Gunsten überzogener Renditeerwartungen aufs Spiel zu setzen. Statt langfristig in Unternehmen und Mitarbeiter zu investieren, wurden durch Einsparungen, Teilverkäufe und Entlassungen überzogene Gewinnausschüttungen finanziert oder Betriebe bewusst ausgeweidet. Diesen Fehlentwicklungen, die den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft widersprechen, hat die Bundesregierung jetzt erste Grenzen gesetzt, zumeist auf Drängen der SPD. In Zukunft dürfen Vorstandsmitglieder in der Regel erst nach zwei Jahren Pause in den Aufsichtsrat wechseln. Managergehälter müssen auch Misserfolg widerspiegeln. Wir haben deshalb gesetzlich die Spielräume erweitert, damit Aufsichtsräte die Vorstandsvergütungen bei schlechter Unternehmensentwicklung herabsetzen können. Manager erhalten erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile wie Bonuszahlungen künftig erst nach einer mehrjährigen Bemessungsperiode.

Wohin wir wollen

Nachhaltigkeit und Sozialpartnerschaft prägen die Unternehmensführung und schaffen wirtschaftlichen Erfolg, an dem alle teilhaben

2020 arbeiten Unternehmen erfolgreicher als heute, weil sie das langfristige Bestehen am Markt und die ökologischen und sozialen Konsequenzen ihres Handelns im Blick haben. Die Unternehmensführung ist geprägt von Kooperation und Transparenz. Anteilseigner, Arbeitnehmer, Manager und Kunden sind bestrebt, ihre Erwartungen fair miteinander auszubalancieren.

Produktive Allianzen der Erneuerung zwischen nachhaltig und verantwortlich denkenden Unternehmern, Arbeitnehmern, Gewerkschaften und auch Investoren sind entstanden. Sie haben Lehren aus der Wirtschaftskrise gezogen, die eine Wiederholung oder ähnliche Entwicklung wirksam verhindern. Die Mitbestimmung ist auch in Unternehmensführungen anerkannt, weil auch dort akzeptiert wird, dass eine Firma von den Erfahrungen und Ideen, vom Vertrauen und der Loyalität der Beschäftigten profitiert. Der Mehrwert, den ein Unternehmen erwirtschaftet, wird im Unternehmen gerecht verteilt. Das stärkt den sozialen Zusammenhalt und auch die Binnennachfrage in Deutschland. Durch Kapitalbeteiligungen in vielen Unternehmen nehmen Mitarbeiter als „Mitunternehmer“ am Unternehmenserfolg doppelt teil; für kleine und mittelständische Gesellschaften haben sich Mitarbeiterbeteiligungsfonds deutschlandweit durchgesetzt. In der Managerausbildung sind auch die soziale und gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen ein zentrales Thema. Starke Gewerkschaften kämpfen weiter dafür, den Kapitalismus zu zivilisieren und eine gerechte Teilhabe aller an der Gestaltung der Arbeitswelt und am gesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstand zu sichern.

Unternehmen legen Informationen über kurz- und langfristige Erfolge, Mitarbeiterführung und soziale und ökologische Nachhaltigkeit offen. Sie sind die Grundlage für eine ganzheitliche Bewertung von Unternehmen in Rating-Agenturen, Banken und Börsen. Wo immer möglich, bauen Bilanzwerte auf stabile Werte und nicht auf schwankende Marktpreise.

Verbraucherinnen und Verbraucher demonstrieren mit ihrem Kaufverhalten Ansprüche an unternehmerisches Verhalten, auch bei Sozial- und Umweltstandards.

Die faire und nachhaltige Unternehmensführung in Deutschland gilt weltweit als Vorbild. Die Bundesregierung hat erfolgreich dafür geworben, dass der wirtschaftlichen Globalisierung die soziale und politische Globalisierung gefolgt ist. Deutschland hat die Mitbestimmung in Europa gesichert und setzt sich ein für Mitbestimmung in internationalen Konzernen, für gute Sozial- und Umweltstandards. Damit bringt sie das Ziel einer sozialen Weltwirtschaft voran.

Was wir tun müssen

Unternehmensanteile bei Lohnverzicht ermöglichen

Die Kapitalbeteiligung von Arbeitnehmern ist ganz im Sinne nachhaltiger Unternehmensführung und –finanzierung und fördert die Sozialpartnerschaft im Unternehmen und der Volkswirtschaft. Wenn Mitarbeiter in Krisenzeiten auf Lohn verzichten, dann sollen sie nicht nur das Risiko der Krise tragen, sie sollen auch an den Chancen des Erfolgs teilhaben. Deshalb wollen wir es ermöglichen, dass Mitarbeiter, die bei Sanierungsfällen auf Gehalt verzichten, im Gegenzug Anteile am Unternehmen erwerben können.

Nachhaltigkeit in der Unternehmensführung verankern

Wir wollen im Aktiengesetz verankern, dass ein Unternehmen nicht nur seinen Aktionären, sondern auch dem Wohl der Beschäftigten und der Allgemeinheit verpflichtet ist.

Nachhaltiger und ganzheitlicher Erfolg muss erst einmal messbar sein. Deshalb setzen wir uns für aussagekräftige Berichtssysteme für Langfristigkeit und Nachhaltigkeit ein. Das ist keine unnütze Bürokratie: Sie sollen die verantwortliche Unternehmensentwicklung transparent machen, zum Beispiel in den Bereichen Klimaschutz, soziale Verantwortung, Gleichberechtigung und Arbeitsqualität. Der Aufsichtsrat soll nach unserer Auffassung dafür sorgen, dass solche sozialen und langfristigen Erfolgskriterien in der Verantwortung und auch in den Vergütungsstrukturen der Vorstände verankert werden. Die Entwicklung von Aktienkurs und Rendite darf nicht das alleinige Maß der Vorstandsleistung sein.

Um spekulative Kartenhäuser in der Unternehmensbewertung zu vermeiden, brauchen wir eine Renaissance des deutschen Handelsrechts, das sich an der Wertvorstellung des „ehrbaren Kaufmannes“ orientiert. In guten Zeiten wird für schlechte Zeiten vorgesorgt. Wir müssen uns jetzt dafür einsetzen, dass Bilanzierungsstandards weltweit nachhaltiges Wirtschaften fördern. Wir müssen auf europäischer Ebene ein Gegengewicht setzen zur anonymen amerikanischen Bilanzierungspraxis der „accounting standard boards“.

Wer Stimmrecht im Unternehmen bekommen will, muss Aktien zuvor mindestens ein Jahr lang halten. So wollen wir das kurzfristige Profitinteresse von Spekulanten einschränken.

Wir werden dafür sorgen, dass Vorstandsvergütungen und –abfindungen ab einer Million Euro nur noch zur Hälfte steuerlich geltend gemacht werden können.

Anstand in der Unternehmensführung muss aber noch früher verankert werden. Deshalb wollen wir gesellschaftliche und ökologische Kompetenzen und Verantwortungsbewusstsein in der Managerausbildung an den Hochschulen verankern.

Anstand muss sich lohnen – Fehlverhalten muss bestraft werden

Auch in der Wirtschaft muss gelten: Wer Verantwortung trägt, wird bei Fehlverhalten zur Verantwortung gezogen. Dazu müssen wir in den deutschen Finanzmetropolen Schwerpunktstaatsanwaltschaften stärken und aufbauen, die komplexe Wirtschaftskriminalität kompetent und unbehindert aufklären und zur gerechten Strafe bringen können. Die Bundesländer müssen hier die Leistungsfähigkeit der Justiz gezielt ausbauen. Nur wenn die Menschen das Gefühl haben, dass nicht mit zweierlei Maß gemessen wird, werden sie wieder Vertrauen in das Wirtschaftssystem aufbauen.

Mitbestimmung stärken und mit Selbstbewusstsein in Europa als Erfolgsmodell nachhaltigen Wirtschaftens verankern

Mitbestimmung ist eine Grundbedingung von erfolgreichem und fairem Wirtschaften. Darum wollen wir, dass es wieder mehr Betriebsräte gibt – gerade in kleinen Firmen, in denen das nur in jedem 17. Betrieb der Fall ist. Dabei ist sogar die Mehrheit der Geschäftsführer von mittelständischen Unternehmen ohne Betriebsräte offen für betriebliche Mitbestimmung. Gefragt sind also mehr Information und Initiative. Wir werden zu den Betriebsratswahlen 2010 mit einer Initiative für mehr Neuwahlen von Betriebsräten werben. Außerdem müssen die Mitspracherechte von Betriebs- und Aufsichtsräten der Arbeitnehmerseite klargestellt und gestärkt werden, besonders bei Übernahmen durch Finanzinvestoren, bei Ausbildungsstrategien und auch bei der Vorstandsvergütung.

Wir treten für ein soziales Europa ein. Deshalb wollen wir im EU-Primärrecht eine Fortschrittsklausel verankern: Sie soll klarstellen, dass soziale Grundrechte und sozialer Fortschritt Vorrang haben vor Wettbewerbsregeln und wirtschaftlichen Freiheiten. Unser deutsches Mitbestimmungsmodell ist ein Erfolgsbeispiel für soziales Wirtschaften – deshalb treten wir international dafür ein. In Konzernen mit internationalen Standorten muss auch die Mitbestimmung international geregelt sein. Bei der Gestaltung der Mitbestimmung auf EU-Ebene wollen wir eine starke Stimme aus Deutschland einbringen. Wir wollen, dass die weit reichenden Regelungen der Europäischen Aktiengesellschaften (SE) Maßstab und Richtwert bei der Weiterentwicklung der EU-Mitbestimmung sind und auch bei der Verlegung des

Unternehmenssitzes gesichert werden. Die Position der Europäischen Betriebsräte muss gestärkt werden: Sie brauchen bessere Arbeits- und Konsultationsbedingungen. In internationalen Unternehmen müssen internationale Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat einbezogen werden. Das heißt auch, dass im Ausland beschäftigte Belegschaften deutscher Unternehmen die Möglichkeit zur Vertretung im Aufsichtsrat erhalten sollen.

Nach der wirtschaftlichen auch die soziale und politische Globalisierung vorantreiben und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung schaffen

Der Globalisierung der Märkte muss eine Globalisierung der politischen und sozialen Regeln des Wirtschaftens folgen. Das ist möglich und notwendig. Wir wollen, dass Deutschland, vor allem im Rahmen der G20-Gruppe, diesen Prozess aktiv mitgestaltet. Unternehmen, die international wirtschaften, müssen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung weltweit gerecht werden. Für die Qualität der Arbeit und den Schutz der Umwelt muss es globale Mindeststandards geben. Das Eintreten dafür werden wir als festes Element der deutschen Außenpolitik etablieren. Wir werden zwischenstaatliche verbindliche Regelungen fördern und uns für eine weitere Verbreitung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation einsetzen. Überwachungs- und Sanktionsmechanismen müssen verbessert werden. Ergänzend werden wir natürlich auch Eigeninitiativen der Wirtschaft unterstützen und fördern. Eine nationsübergreifende Mitbestimmung in Weltkonzernen kann auch eine Brücke sein, um konzernweit Qualitätsstandards der Arbeit durchzusetzen.

Die Entwicklungsländer tragen besonders schwer an den Folgen dieser Wirtschaftskrise. Sie werden in den nächsten Jahren auf unsere Unterstützung angewiesen sein. Deshalb wollen wir alles tun, um die Millenniums-Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015 zu erreichen. Und wir stehen zu unserer Zusage, bis 2010 0,51 Prozent und bis 2015 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die weltweite Bekämpfung von Armut und Hunger zur Verfügung zu stellen. Globale Solidarität und der Kampf gegen die Armut haben für uns höchste Priorität.

6. Volle Gleichberechtigung fängt oben an: Mehr Frauen in Führungspositionen

Wo wir stehen

In den vergangenen Jahrzehnten haben Frauen auf dem Weg zur Gleichberechtigung viel erreicht. Doch gleiche Rechte sagen noch nichts über die faktische Gleichstellung aus. Zwar fordert das Grundgesetz auch die Durchsetzung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Aber die Daten und die Erfahrung im Alltag zeigen: Es gibt immer noch viel Ungleichbehandlung, besonders in der Privatwirtschaft.

Mit sozialdemokratischen Anregungen hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren viele konkrete Schritte auf dem Weg zu tatsächlicher Gleichstellung unternommen. Mit dem Elterngeld binden wir auch die Männer verstärkt in die Familienarbeit ein. Der Ausbau der Kinderbetreuung fördert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ab 2013 haben alle Eltern von unter Dreijährigen einen Rechtsanspruch auf eine Betreuung ihrer Kinder.

Das Bildungsniveau von Frauen steigt beständig an. Während nur acht Prozent der Frauen zwischen 60 und 65 einen Hochschulabschluss haben, sind es in der Generation der 30-bis 35-Jährigen bereits 18 Prozent. Auch die Chancen für Frauen, einen Beruf auszuüben, haben sich verbessert. Die Erwerbstätigenquote von Frauen liegt heute in Deutschland bei über 65 Prozent.

Aber noch immer erhalten Frauen nicht gleichen Lohn für gleiche Arbeit, noch immer sind sie gerade in den Führungsetagen von Unternehmen unterrepräsentiert, und noch immer haben sie familienbedingt andere Arbeitszeiten.

Eine Lohnlücke gibt es in allen Branchen – der Frauenanteil in Führungspositionen ist gering

Frauen verdienen bei gleicher Arbeit pro Stunde 23 Prozent weniger als Männer, das sind bei einem Durchschnittseinkommen monatlich netto 500 Euro weniger. Selbst bei gleicher Ausbildung, gleichem Alter, gleichem Beruf und Arbeit im gleichen Betrieb erhalten Frauen immer noch zwölf Prozent weniger Lohn.

In der Privatwirtschaft liegt der Frauenanteil in Funktionen mit umfassenden Führungsaufgaben, also im Top-Management, bei nur fünf Prozent. In den Vorständen der

DAX 30-Unternehmen gibt es nur eine Frau. Auch in den Aufsichtsräten der 200 größten deutschen Unternehmen außerhalb des Finanzsektors sind nur neun Prozent der Aufsichtsratsmitglieder Frauen. Drei Viertel von ihnen vertreten die Arbeitnehmerseite.

Frauen arbeiten mehr Teil- als Vollzeit, und das vielfach unfreiwillig

Die Erwerbsquote von Frauen liegt in Deutschland bereits deutlich über dem europäischen Ziel von 60 Prozent. Gleichzeitig ist aber die Teilzeitquote von berufstätigen Frauen in Deutschland die zweithöchste in Europa. Nur jede sechste Frau mit Kindern unter 18 Jahren im Haushalt hat einen Vollzeitjob. Und mehr als 4,2 Millionen Frauen arbeiten in Minijobs; sie machen fast zwei Drittel der geringfügig Beschäftigten aus. Frauen haben demzufolge auch eine geringere Absicherung im Alter: Ihr Netto-Alterseinkommen liegt im Durchschnitt bei 959 Euro; Männer kommen auf 1598 Euro.

Das ist weder gerecht noch im Interesse der Wirtschaft. In Deutschland werden wir infolge des demografischen Wandels bald händeringend nach qualifizierten Arbeitskräften suchen. Deshalb liegt es im Interesse der Unternehmen, die Potenziale der Frauen nicht ungenutzt zu lassen.

Wir wollen, dass Frauen stärker in allen Bereichen des Arbeitslebens tätig sind. Noch immer konzentrieren sich junge Frauen bei der Berufswahl auf die sogenannten weiblichen Berufe: Mehr als die Hälfte der Auszubildenden wird Verkäuferin, Arzthelferin, Sekretärin oder Hotel- und Gaststättenfachfrau.

Die Wirtschaft ist in punkto Gleichberechtigung längst die Nachhut der Gesellschaft. Während in der Politik Frauen Ministerinnen oder Bundeskanzlerin werden, gibt es in den Vorständen der Konzerne offenkundig immer noch Vorbehalte. Während eine Frau Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts werden konnte, sind in den Aufsichtsräten von Unternehmen Männer fast immer noch unter sich. Damit schaden sich die Unternehmen selbst. Studien zeigen, dass Unternehmen mit mehr Frauen in der Geschäftsführung bessere Ergebnisse erwirtschaften.

Wohin wir wollen

Frauen sind in der Wirtschaft tatsächlich gleichgestellt – das zeigt sich in Löhnen, Führungsetagen und der Erwerbsbeteiligung

Am Ende des neuen Jahrzehnts haben wir in Deutschland die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht. Wir leben in einer Gesellschaft, die sich durch mehr Teilhabe auch in Führungspositionen und gelebte Toleranz auszeichnet.

Auch dank des politischen Drucks durch eine SPD-geführte Bundesregierung ist die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern halbiert, weil wir den Mindestlohn umgesetzt haben. Dabei sind wir den Erfahrungen Großbritanniens gefolgt, wo sich die Lohnlücke zwischen Frauen und Männer durch den gesetzlichen Mindestlohn von 16,1 Prozent innerhalb von neun Jahren auf 10,8 Prozent (2006) reduziert hat.

Frauen übernehmen verstärkt Führungsaufgaben in der Wirtschaft, ihr Spektrum bei der Berufswahl hat sich verbreitert. Das hat dazu beigetragen, die Folgen des demografischen Wandels zu mildern. Auch die Gefahr von Fachkräftemangel wurde dadurch gebannt.

Die Vollzeit- und die Teilzeitquoten von Frauen und Männern haben sich angeglichen. Die Angebote für Kinderbetreuung haben sich überall in Deutschland so verbessert, dass Eltern und Alleinerziehende Familie und Beruf gut unter einen Hut bekommen. Familienfreundliche Arbeits- und Lebensphasenmodelle entlasten Frauen und Männer: Wer will, kann die Erziehungsaufgaben und die Sorge für die Kinder partnerschaftlich teilen.

Was wir tun müssen

Wenn wir im neuen Jahrzehnt tatsächliche Gleichstellung erreichen wollen, brauchen wir konkrete Zielvorgaben. Wir werden deshalb verbindliche Regeln, wirksame Instrumente und Anreize schaffen.

Einen verbindlichen Rechtsrahmen für die Privatwirtschaft schaffen – die Lohnlücke schließen

Die Erfahrung hat gezeigt, dass die freiwillige Vereinbarung mit der Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit weitgehend folgenlos geblieben ist. Deshalb wollen wir ein einklagbares Recht schaffen, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt wird. Um die Lohnlücke zu schließen, brauchen wir auch eine Überprüfung der Arbeitsbewertung. Diese darf nicht nach Geschlecht oder anderen Faktoren diskriminieren. Tarifparteien müssen sicherstellen, dass bei der Beschreibung von Berufen und der Bezahlung keine Diskriminierung vorliegt. Dazu brauchen wir eine Erweiterung der individuellen Rechtspositionen der betroffenen Frauen. Deshalb werden wir das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz weiterentwickeln und einen verbindlichen Rechtsrahmen für die Privatwirtschaft vorlegen. Darin wird auch ein Verbot der unterschiedlichen Entlohnung von Frauen und Männern enthalten sein.

Mehr Frauen in Führungspositionen bringen – 40 Prozent-Quote für Aufsichtsräte

Der Frauenanteil in den Führungspositionen von Staat, Unternehmen und Wissenschaft muss steigen. Wir wollen deshalb in einem Gleichstellungsgesetz für die Aufsichtsgremien von Unternehmen einen Frauenanteil von 40 Prozent bis Ende 2014 vorschreiben. In Unternehmen mit staatlicher Beteiligung werden wir mit gutem Beispiel vorangehen. Insbesondere bei Betrieben mit Bundesbeteiligung werden wir in einer SPD-geführten Bundesregierung alles daran setzen, bereits in der nächsten Berufungsrunde dieses Ziel zu erreichen. Für eine erfolgreiche Umsetzung des 40 Prozent-Ziels werden wir zusammen mit Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden ein „board-readiness“ Programm für Frauen im oberen Management anbieten. Denn wir brauchen eine Professionalisierung von Aufsichtsräten. Das gilt für weibliche und männliche Aufsichtsratsmitglieder gleichermaßen.

Natürlich geht es uns nicht nur um die Besetzung von Aufsichtsräten. Ziel ist es, den Frauenanteil auch in Managementpositionen anzuheben. Wir können und wollen aber nicht

alles regulieren. Die Erfahrung zeigt auch: Aufsichtsrätinnen achten darauf, dass Frauen bei der Besetzung von Managementpositionen berücksichtigt werden. Darauf setzen wir.

Eine SPD-geführte Bundesregierung wird mit gutem Beispiel vorangehen: Die Hälfte der Kabinettsmitglieder werden Frauen sein.

Berufsperspektiven und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Gleichberechtigung am Erwerbsleben setzt für Frauen (und Männer) voraus, dass alle qualifizierte und gut bezahlte Berufe ergreifen können, die vereinbar sind mit den Anforderungen des Familienlebens. Damit das funktioniert, brauchen Frauen am Beginn des Berufslebens mehr Angebote und Informationen, welche Möglichkeiten und Branchen ihnen offen stehen. Verbessert werden müssen familiengerechte Arbeitszeitmodelle und arbeitsplatzgerechte Betreuungsangebote. Wir werden die Beratung und Orientierung von Frauen und Mädchen in nicht-traditionellen Berufen stärken. Wir wollen es Frauen und Männern ermöglichen, ihre Arbeitszeit an die Familien- und Lebenssituation anzupassen: mit Teilzeit, die auch berufliche Qualifizierung ermöglicht. Mit besseren Rechten für die Rückkehr in Vollzeitbeschäftigung. Wer Elterngeld bezieht, soll dennoch etwas mehr in Teilzeit arbeiten können. Wir wollen mit einem Familie- und Pflegezeitgesetz die Bedingungen für Familie und Beruf verbessern. Wir werden darauf drängen, dass der Ausbau der Kinderbetreuung schneller vorangeht. Wir wollen den ab 2013 geltenden Rechtsanspruch auf frühkindliche Betreuung zu einem Ganztagesbetreuungsanspruch entwickeln. Das Angebot an Ganztagschulen muss flächendeckend ausgebaut werden. Wir setzen uns auch für den Ausbau von Betriebskindergärten ein.

Finanzielle Anreize richtig setzen – ein klares Nein zur „Herdprämie“

Staatliche Leistungen müssen sich am wirklichen Leben und den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Ein Betreuungsgeld als „Herdprämie“ wird es darum mit uns nicht geben. Deshalb werden wir auch das Ehegattensplitting verändern: Die Steuerlast soll zwischen den Eheleuten gerecht verteilt werden, und für jeden Ehepartner, gerade auch für die Frau, soll es Anreize geben, eine qualifizierte Erwerbstätigkeit auszuüben. Die sozial ungerechte Splittingwirkung, die sich bei Eheleuten mit hohem Einkommen besonders stark auswirkt, wollen wir durch eine Kappung des Splittingvorteils entschärfen.

7. Lebensadern der Volkswirtschaft: Moderne und intelligente Netze als Basis für neues Wachstum

Eine leistungsfähige Volkswirtschaft braucht leistungsfähige Infrastrukturen. Meinte man damit in der Vergangenheit eher leistungsfähige Verkehrswege, sind dies heutzutage auch intelligente, leistungsfähige Energie- und Kommunikationsnetze. Diese Infrastrukturen sind die Lebensadern wettbewerbsfähiger Volkswirtschaften. Nur auf und mit ihnen können Unternehmen neues Wachstum und neue Geschäftsmodelle realisieren. Für alle drei Netze – Kommunikation, Energie und Verkehr – machen wir Vorschläge, wie und unter welchen politischen Rahmensetzungen die Lebensadern der Volkswirtschaft erneuert und ausgebaut werden können. So werden unsere Netze zu einer Basis für neues Wachstum und für die Arbeit von morgen.

Wo wir stehen

Bei Breitbandnetzen drohen wir den Anschluss zu verlieren

Im Vergleich zu den 30 OECD-Mitgliedstaaten lag Deutschland 2008 bei der Zahl der Breitbandanschlüsse mit unter 30 Prozent nur knapp über dem Durchschnitt. Etwa fünf Millionen Menschen in ländlichen Räumen sind von der Breitbandversorgung noch vollständig ausgeschlossen. Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis Ende 2010 allen Haushalten eine Grundversorgung, das heißt einen Anschluss mit einer Übertragungsrate von mindestens 1 Mbit pro Sekunde, zu gewährleisten. Bis 2014 sollen drei Viertel aller Haushalte mit mindestens 50 Mbit/s versorgt sein.

Andere Länder sind Deutschland voraus. Gerade jetzt in der Krise haben Japan, Südkorea und Australien stark in ihre Kommunikationsinfrastruktur investiert. Australien hat im April 2009 beschlossen, mit 43 Milliarden US-Dollar eine staatliche „National Broadband Company“ zu gründen.

Erneuerbare Energien brauchen neue, bessere Netze

Deutschland ist und bleibt ein Land mit starker industrieller Produktion. Diese braucht eine verlässliche Energiebasis. Gleichzeitig müssen wir schädliche Treibhausgase reduzieren, um die Klimaziele zu erreichen. Die Antworten darauf sind: mehr erneuerbare Energien, die Erneuerung der Kohlekraftwerke und intelligentes Energiemanagement bei den

Verbrauchern. Der Ausbau erneuerbarer Energien erfordert aber weit mehr als nur mehr Solarzellen auf deutschen Dächern. Wir müssen dafür sorgen, dass erneuerbare Energien aus Gegenden mit viel Wind und Sonne möglichst verlustarm zu den Verbrauchern transportiert werden. Wir müssen erneuerbare Energien intelligent in das Stromnetz einspeisen, insbesondere auch aus dezentraler Produktion wie von Solardächern, und wir müssen Energiemanagementsysteme bei den Verbrauchern einrichten. Ziel ist ein intelligentes Stromnetz, das Verbrauchs- und Erzeugungsprofile auswertet, verknüpft und optimal koordiniert. Das hilft, die Versorgung sicherzustellen und dabei ineffiziente Erzeugungsspitzen zu vermeiden.

Obwohl viele der nötigen Technologien verfügbar sind, bleiben wir in interessanten, aber letztlich isolierten Pilotprojekten stecken. Die großen vier Energieerzeuger in Deutschland betreiben jeweils eigenständige Übertragungsnetze. Eine Zusammenarbeit findet bisher nicht statt, eine deutschlandweite Strategie ist nicht in Sicht. Diese mangelnde Koordination kostet laut Bundesnetzagentur einen dreistelligen Millionenbetrag.

Gute Verkehrsinfrastruktur ist eine Voraussetzung für weiteres Wachstum

Bis 2020 werden das Zusammenwachsen Europas und der steigende Welthandel in Deutschland für noch mehr Verkehr sorgen. Allein der Güterverkehr wächst bis 2020 um vier bis fünf Prozent pro Jahr. Große Investitionen sind notwendig, um die Verkehrsnetze darauf einzustellen. Seit der Wiedervereinigung stieg die Transportleistung in Deutschland um mehr als 55 Prozent und damit doppelt so stark wie das Bruttoinlandsprodukt. Der Straßengüterverkehr nahm besonders zu. Heute werden 70 Prozent der Transporte in und durch Deutschland mit Lkw erbracht. Umweltschäden, Feinstaub und Lärm des Straßengüterverkehrs verursachen erhebliche Belastungen. Durch Staus werden jedes Jahr fast 300 Millionen Liter Kraftstoff verschwendet. Die LKW-Maut oder die Förderung des „Kombinierten Verkehrs“ können diese Entwicklung teilweise ausbalancieren. Statt rein auf den Neubau von Straßen zu setzen, muss gute Verkehrspolitik sich künftig darauf konzentrieren, Verkehrsströme intelligent zu leiten. Ohne wirksames Gegensteuern wird der Güterverkehr auf der Straße weiter rasch ansteigen, in geringerem Maße auch der Personenverkehr. Millionen Pendler und Transportfahrer stehen schon heute morgens und abends im Stau. Deshalb finden bereits Pilotversuche für eine intelligente Verkehrssteuerung statt. Demnächst wird das europäische Satellitensystem GALILEO an den Start gehen und neue technische Möglichkeiten eröffnen, zum Beispiel ein Echtzeit-Management von Verkehrsbewegungen zum Vorteil aller Bürger. Diese Chance wollen wir nutzen.

Wohin wir wollen

Im Jahr 2020 steht ein flächendeckendes, hochleistungsfähiges Breitband allen Haushalten zur Verfügung – damit ermöglichen wir einen digitalen Quantensprung

Alle Menschen in Deutschland haben 2020 Anschluss an ein hochleistungsfähiges Breitband zwischen 50 und 100 Mbit pro Sekunde. Nach ISDN und DSL erlebt Deutschland einen dritten digitalen Quantensprung, der den Alltag erleichtert, auch für ältere Menschen. Neue Geschäftsmodelle entstehen, flexible Heimarbeit je nach individuellen Bedürfnissen ist möglich. Zugang zu guter Bildung und guter Arbeit ist leichter auch für Menschen in entlegenen Regionen. Breitband hat eine Informationsrevolution ermöglicht, an der alle Menschen teilhaben können. Innovationen wie Telemedizin, virtuelle Labore und Online-Echzeit-Lernen können nun breitflächig weiterentwickelt und angewendet werden. Weil das neue Hochleistungsbreitband eine lohnende Investition für Unternehmen ist, sinken die Preise dafür kontinuierlich.

Intelligente Netze und intelligenter Stromverbrauch bringen den Durchbruch für erneuerbare Energien und sichern den Energiebedarf industrieller Produktion

2020 ist der vermeintliche Widerspruch zwischen den Produktionsschwankungen erneuerbarer Energien und der notwendigen Versorgungssicherheit überwunden. Intelligente Stromnetze („Smart Grids“) sichern bundesweit einen bedarfsgerechten Stromfluss. Diese intelligenten Stromnetze ermöglichen es, energie- und kosteneffizient zwischen einer Vielzahl von Stromverbrauchern, Stromerzeugern und Stromspeichern ein Gleichgewicht herzustellen. Dieses Gleichgewicht wird durch optimiertes Management von Energieerzeugung, Energiespeicherung, Energieverbrauch und dem Stromnetz selbst erreicht.

Der Export neuer Technologien und Dienstleistungen rund um die „Smart Grids“ schafft zusätzliche hochwertige Arbeitsplätze in Forschung und Entwicklung, in der Produktion sowie im Softwarebereich. Leitungselektronik, Kommunikationstechnologien, elektrotechnische Komponenten, aber auch die verbindenden Softwarelösungen schaffen neue Arbeitsplätze. Digitale Stromzähler („Smart Meters“) finden sich flächendeckend in deutschen Haushalten. Mit ihrer Hilfe lassen sich individuelle oder regionale Nachfrage- und Verbrauchsmuster identifizieren und neue Tarifmodelle entwickeln, die den Menschen zugute kommen.

Staus auf Autobahnen und in Ballungsregionen sind eine Seltenheit geworden

Im Jahr 2020 sind Staus auf den Autobahnen und in den deutschen Metropolregionen selten geworden. Millionen Bürgerinnen und Bürger sparen deshalb jeden Tag Zeit und Geld; und die Umwelt wird weniger belastet. Die Lebensqualität in den Städten ist durch weniger Abgase und weniger Verkehrslärm deutlich gestiegen.

Denn Deutschland verfügt über ein einheitliches Verkehrstelematiksystem. Wird über das Satellitensystem ein naher Stau geortet, kann die Technik dem Fahrer schnellere Umleitungen empfehlen und Vorschläge machen, wo man das Auto parken und in Busse und Bahnen umsteigen kann, sodass man das Ziel noch pünktlich erreicht. Dieses System der intelligenten Verkehrssteuerung entwickelt sich zum Exportschlager und schafft in Deutschland durch einen optimalen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur die Voraussetzung für weiteres Wachstum.

Was wir tun müssen

Hochleistungsfähiges Breitband als Aufgabe für alle Betreiber – „Breitband AG“

Der Ausbau eines hochleistungsfähigen Breitbands für alle Menschen in Deutschland erfordert Investitionen von bis zu 50 Milliarden Euro. Das allein wird für einen Schub an Wachstum und Arbeitsplätzen sorgen. Die Schaffung einer funktionierenden Breitband-Infrastruktur ist eine Aufgabe, die alle beteiligten angeht. Deshalb werden wir alle Netzbetreiber auf dieses Ziel verpflichtet. Dabei ist ein freiwilliger Zusammenschluss der Betreiber, z.B. in einer „Breitband AG“, unsere erste Priorität. Damit ein solcher Zusammenschluss nicht an Regulierungshürden scheitert oder die Verbraucherinteressen vernachlässigt, werden wir auch in Brüssel dafür sorgen, dass die Kommission diese wichtige infrastrukturelle Aufgabe unterstützt. Auf jeden Fall werden wir ab 2010 eine Lösung auf den Weg bringen.

Eine Deutsche Netz AG gründen, die es unter Mitwirkung aller großen Energieversorger ermöglicht, ein intelligentes Stromnetz deutschlandweit aufzubauen

Den Durchbruch für ein intelligentes, deutschlandweites Stromnetz mit Ankopplungsmöglichkeiten an die Netze anderer Länder werden wir in den heutigen Strukturen, in denen die großen deutschen Stromversorger einander belauern, nicht erreichen. Wir brauchen deshalb zügig eine Deutsche Netz AG, die diese Blockaden auflöst.

Dazu bringen RWE, Vattenfall, E.ON und EnBW ihre Hochspannungsnetze in eine Deutsche Netz AG ein und erhalten daran entsprechende Anteile. Unter Beteiligung der Bundesregierung schreibt die AG die Ausbauziele zu einem umfassenden „Smart Grid“ fest. Gegebenenfalls beteiligt sich der Bund, beispielsweise über die KfW als Anteilseigner, an dieser Gesellschaft. Mit dieser Übergangsinvestition gewährleistet der Bund, dass die Arbeit der Netz AG möglichst allen Menschen zugute kommt und nicht Einzelinteressen dient.

„Masterplan Personenverkehr“

Gemeinsam mit vielen Verbänden der Verkehrswirtschaft setzen wir uns für einen „Masterplan Personenverkehr“ ein. Dazu wollen wir noch 2009 eine koordinierte Aktion von Bund, Ländern und Kommunen und Verkehrswirtschaft starten. In diesem Rahmen wollen wir auch ein bundesweit einheitliches Verkehrstelematiksystem für einen flüssigeren Straßenverkehr auf den Weg bringen.

8. Weltweit neue Spielregeln für die Finanzmärkte: Damit eine solche Krise nie wieder passiert

Wo wir stehen

Die Finanzmärkte haben ihre ureigenen Aufgaben vernachlässigt

Gut funktionierende Finanzmärkte sind lebensnotwendig für das Funktionieren der Wirtschaft. Die Krise hat offen gelegt: Finanzmärkte erfüllen ihre eigentliche Aufgabe nicht mehr. Sie haben die Weltwirtschaft in den Abgrund gerissen.

In einem gut regulierten Finanzsystem versorgen Banken Unternehmen mit Kapital und haben Interesse an stabilen Renditen ohne riskante Spekulationen. Diese dienende Rolle für andere Wirtschaftssektoren haben die Akteure an den Finanz- und Kapitalmärkten sträflich vernachlässigt. Spekulationen auf kurzfristige Renditen und Finanzwetten beherrschten das Geschehen. Finanzmärkte und Realwirtschaft hatten sich entkoppelt. 2007 wurden Finanzpapiere und Derivate im Wert des 74-fachen Weltsozialprodukts gehandelt. Spekulationen brachten häufig mehr Gewinn als Investitionen in neue Entwicklungen, Märkte und Produkte.

Finanzmärkte ohne Regeln haben zu Spekulationen und zur Jagd nach kurzfristigen Renditen animiert

Die marktliberale Ideologie der Deregulierung hat zu einem verschärften weltweiten Wettbewerb der globalen Finanzplätze geführt. Die Spielregeln wurden in London und New York bestimmt. Die Finanzdienstleistung wurde immer mehr zum Selbstzweck, das Finanzsystem beherrschte die Realwirtschaft und erlangte im Zuge dessen eine ungeheure Macht. Einige wenige Investmentbanken und institutionelle Investoren bestimmten die Regeln, nach denen ganze Volkswirtschaften und auch Staaten handelten, ja handeln mussten. Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt hat festgestellt, dass dieser „Raubtierkapitalismus“ offene Gesellschaften bedrohe und dass „ohne tief greifende Korrekturen in der Finanzindustrie das verlorene Vertrauen nicht zurück gewonnen“ werden könne.

Zu viele haben mit zu viel fremden Geld gespielt und spekuliert. Bankmanager bauten unzählige undurchsichtige Kreditketten auf, um den Gewinn zu steigern. Banken und Bankberater standen in einem Provisionswettlauf. Viele Kleinanleger und Sparer haben ihr

Geld verloren, weil ihnen Produkte verkauft wurden, die weder sie noch ihre Finanzberater genau verstanden haben. Die Verantwortung und Haftungspflicht der Finanzbranche blieben auf der Strecke.

So etwas darf nie wieder passieren – Wir müssen jetzt die richtigen Lehren ziehen

Diese Exzesse und ihre Folgen müssen allen, die Verantwortung tragen, eine Lehre sein. Keine Wirtschaft kann es sich leisten, allein auf das schnelle Geld zu setzen und dabei das Maß zu verlieren. Die Gier gehört zum Menschen, aber wir können sie zügeln. Darum müssen wir die globale Finanzstruktur neu ordnen. Im Schock der Ereignisse besteht dazu gerade weltweit ein breiter Konsens. Wir dürfen diese Chance nicht verstreichen lassen. Innerhalb des gesamten Finanzsystems bedarf es eines stärkeren Verantwortungs- und Risikobewusstseins.

Die SPD hat in der Bundesregierung wichtige Änderungen durchgesetzt, die auf mehr Aufsicht und Kontrolle zielen. Finanzmarktakteure müssen ihre Fremdkapitalverhältnisse anzeigen und höhere Eigenmittel bei besonderen Geschäftsrisiken nachweisen. Wir haben die Haltefristen für Aktien verlängert. Die Aufsichtsbehörde für Banken und Finanzdienstleister, BaFin, erhält das Recht, Mitglieder der Kontrollgremien von Banken und Versicherungen abzuverufen, wenn diese fachlich ungeeignet oder unzuverlässig sind. Wir haben Druck auf Regulierungs- und Steueroasen gemacht, um sie zu mehr Fairness und Transparenz zu bewegen. In der EU haben wir durchgesetzt, dass Rating-Agenturen künftig registriert und beaufsichtigt werden.

Aber: Es fängt schon wieder an – als ob nichts passiert wäre

Milliardengewinne bei Banken, millionenschwere Gehälter bei staatlich kontrollierten Banken, Hedge Fonds, die ihre alten Geschäftsmodelle wieder aufleben lassen. Und so manche Regierung sieht bereits keinen Handlungsbedarf mehr. Wir müssen dafür sorgen, dass sich das Fenster für umfassende Reformen nicht schon wieder schließt. Wir müssen das System jetzt auf ein neues, tragfähiges Fundament stellen.

Wohin wir wollen

Finanzmärkte und Börse kehren zur ureigenen Funktion zurück: Finanzierung produktiver Unternehmen

Im Jahr 2020 sind die Finanzmärkte wieder eine Quelle für Stabilität und Wachstum in einer leistungsstarken, sozial und ökologisch ausgerichteten Wirtschaft: Banken und Investitionshäuser versorgen die Wirtschaft mit ausreichend Kapital. Finanzierungsangebote reichen vom Wagniskapital für Wachstumsinvestitionen über Instrumente zur Unternehmensfinanzierung bis hin zu langfristigem Kapital für die Expansion von Unternehmen. Finanzmärkte sind Impulsgeber für Zukunftsprojekte und helfen, Wirtschaftsdynamik zu entfachen. Sie dienen der realen Wirtschaft und geben Kapital, statt es für die Spekulation von den Finanzmärkten abzuziehen.

An den Börsen werden wieder produktive Investitionen finanziert. Sie übernehmen damit eine wichtige Ordnungsfunktion in der Wirtschaft. Das Zocken im globalen Börsen-Casino ist geächtet. Finanzinvestoren fördern eine Langfristperspektive, die nicht auf vierteljährliche Ergebnisse zielt, sondern gesellschaftlich und wirtschaftlich wertvolle Ziele verfolgt.

Mehr Transparenz und klare Regeln sorgen für ein nachhaltiges Geschäftsverhalten und Verbraucherschutz

Klare Regeln und Grenzen haben bewirkt, dass im Mittelpunkt der Märkte wieder stärkere Verantwortung und Transparenz stehen. Damit werden Banken und Investoren ihrer Rolle als Finanziers von nachhaltigen realwirtschaftlichen Unternehmungen wieder gerecht. Somit profitieren nicht nur Aktienbesitzer und Manager vom Wert eines Unternehmens, sondern auch deren Mitarbeiter und letztlich die ganze Gesellschaft.

Die Bürgerinnen und Bürger sind durch einen umfassenden Verbraucherschutz über Risiken und Funktionsweisen von Finanzprodukten aufgeklärt. Wie andere Anbieter und Vermittler tragen Finanzberater eine Verantwortung für die Qualität ihrer Produkte und haften für Beratungsfehler. Provisionswettläufe zum Nachteil der Verbraucher gehören der Vergangenheit an. Ein Finanz-TÜV für Berater und Vermittler stellt dies sicher.

Was wir tun müssen

Neue Spielregeln für die Finanzmärkte: Zukünftige Krisen verhindern – vollständige Regulierung und Aufsicht aller Finanzmarktprodukte

Märkte ohne Grenzen und Regeln fördern Gier, spalten die Gesellschaft und vernichten Wohlstand. Märkte brauchen Maß und einen politisch bestimmten Rahmen. Die stärkere Regulierung und politische Kontrolle über die Finanzmärkte wird zu einem dauerhaften Schwerpunkt einer SPD-geführten Bundesregierung werden, vor allem auf internationaler Ebene. Bei den G20-Gesprächen werden wir uns für klare Regeln einsetzen, die sämtliche Finanzmarktprodukte unter eine stärkere Aufsicht stellen. Wir wollen schärfere Eigenkapitalvorschriften und Bilanzierungsregeln von Zweckgesellschaften. Wir wollen den außerbörslichen Handel regulieren und mehr Zurückbehalt bei Verbriefungen festlegen. Alle Maßnahmen dienen einem Ziel: Eine Krise dieses Ausmaßes darf nie wieder passieren.

Spekulationen besteuern und langfristige Investitionen sicherstellen

Die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise kostet den Staat riesige Summen. Wir wollen, dass ein Teil dieser Kosten dort hereingeholt wird, wo die Spekulation ihre schlimmsten Blüten trieb. Darum wird eine SPD-geführte Bundesregierung die Börsenumsatzsteuer in Deutschland wieder einführen. Sie wird in einem ersten Schritt ähnlich ausgestaltet sein wie in Großbritannien. Wir setzen uns für eine EU-weite Einführung dieser Steuer und auch für die Ausdehnung auf weitere Finanztransaktionen ein.

Wir wollen, dass der Handel mit Derivaten nur noch auf transparent agierenden und standardisierten Handelsplätzen stattfindet, nicht außerhalb von Börsen. Nur so ist eine effektive Kontrolle möglich.

Klimaschutz und neue Technologien finanzieren: Grüner Finanzplatz Deutschland

Finanzdienstleistungen und -produkte aus Deutschland müssen in Zukunft für die höchsten Ansprüche an Solidität, Qualität und Sicherheit stehen. Darin liegt die Chance für einen „grünen Finanzplatz Deutschland“. Deutschland ist Weltmarktführer bei den „grünen Technologien“. Diesen Vorteil müssen wir ausbauen, und dafür brauchen wir solide und nachhaltige Finanzierungen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die Klima- und Umweltpolitik durch Finanzprodukte für „grüne Unternehmen“ forcieren. Dabei müssen wir die Anlegerstruktur in Deutschland nutzen. Wir wollen, dass institutionelle

Anleger noch bessere Informationen und Anreize bekommen, damit sie sich finanziell stärker in diesen Zukunftsmärkten engagieren. Wir wollen die staatliche Förderung von Altersvorsorgeprodukten so erweitern, dass innerhalb des bestehenden Fördervolumens auch Investitionen in nachhaltige Technologien möglich werden. In der Finanzierung von Klimainvestitionen und dem Management von nachhaltig orientierten Geldanlagen liegen beträchtliche Potenziale für gute Finanzdienstleistungen, die sowohl den Anlegern wie der ganzen Gesellschaft dienen.

Verbraucherschutz stärken durch Finanz-TÜV

Verbraucher brauchen die Sicherheit, dass sie bei Kauf- und Investitionsentscheidungen am Bankschalter nicht über den Tisch gezogen werden. Wir setzen uns für einen Finanz-TÜV ein. Aufgabe des TÜV wird es sein, verpflichtende Informationsblätter mit Angaben über die wesentlichen Charakteristika und Risiken sowie die Kosten von Finanzprodukten zu prüfen und zu genehmigen. Kunden müssen über die Risiken der jeweiligen Produkte voll informiert und aufgeklärt werden. Niemand sollte ein Finanzprodukt ohne TÜV-Plakette kaufen.

Hedge Fonds und Private Equity Fonds in der EU wirkungsvoll regulieren – Steuer- und Aufsichtsassen austrocknen

International operierende Hedge Fonds und Private Equity-Unternehmen stehen für die Ausnutzung der ungezügelter Kapitalmärkte, die uns in diese Krise geführt haben. Auf europäischer Ebene werden wir weiter aktiv an einer Regulierung von Hedge Fonds und Private Equity Fonds arbeiten. Fonds lassen sich legal sehr leicht von einem Ort der Welt zum anderen transferieren. Deshalb wollen wir die Manager regulieren und zertifizieren. Zusätzlich müssen wir weltweit ohne Kompromisse Steuer- und Aufsichtsassen austrocknen. Fonds, die nicht von europäischen Aufsichtsbehörden lückenlos kontrolliert werden, dürfen in Europa auch nicht aktiv werden.